



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
9. Sitzung	Donnerstag, 7. Dezember 2023 19.00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Christoph Villiger, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Ursula Spinnler Esther Reimann
Anwesend	34 Mitglieder des Einwohnerrates 4 Mitglieder des Gemeinderates Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Entschuldigt	Tanja Marullo, Gemeinderätin Kim Grab (kommt später, ab Trakt. 3) Daniela Graubner Peter Huber Dominique Issa Roger Rüede Stefan Semela
Ende der Sitzung	22.25 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2023/19	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	3
2	2022/31	Legislaturziele 2022-2025 - Zwischenbericht	7
3	2023/20	Erschliessung Bauparzellen Häfelerhau – Projekt und Verpflichtungskredit	9
4	2023/21	Motion GLP betreffend Reporting Bau und Planung / Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen.	15
5	2023/22	Anschaffung Notstromaggregate Grundwasserpumpwerk Aesch und Reservoir Grüt - Verpflichtungskredit	21
6	2023/23	Wahlen 2. Hälfte Amtsperiode 2022/25 - Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates - Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates - Wahl von 2 Stimmezähler/innen des Einwohnerrates - Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanzkommission	23
7	2023/24	Wahl Mitglied Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/25	25
8	2023/25	Umfrage	27

Christoph Villiger, Präsident: Guten Abend miteinander. Es gibt heute etwas zum Kopfrechnen, es gibt Absenzen. Ich möchte Euch ganz herzlich begrüßen zur letzten Einwohnerratssitzung dieses Jahres. Es wird heute noch die eine oder andere Verabschiedung geben. Dies würden wir am Schluss bei der Umfrage machen. Eine Pause ist nach dem Traktandum 4 vorgesehen und wir haben entschieden, dass wir die Wahl des Finanzkommissionsmitgliedes auch noch vor die Pause nehmen. Die Wahl wird geheim gemacht, dies bedingt, dass wir auszählen müssen und dies wäre ideal während der Pause.

Nach der Sitzung würden wir in das Restaurant Neuhaus in Nussbaumen gehen. Ich würde mich freuen, Euch zu einem Bier einzuladen im Anschluss der Sitzung.

1 2023/19 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christoph Villiger, Präsident: Formelles: Wir sind 33 anwesende vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen. Das absolute Mehr beträgt 17.

Rechtskraft der Beschlüsse vom Einwohnerrat: Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 13. November 2023 folgende Beschlüsse im fakultativen Referendum des Einwohnerates vom 27. September 2023 in Rechtskraft erwachsen: Die Termine 2024 und das Budget 2024.

Somit kommen wir zu den **Mitteilungen** und ich übergebe das Wort an den Gemeindeamman.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeamman: Als Erstes möchte ich informieren bzw., ich denke, Sie haben es alle in der Zeitung gelesen, dass am 14. November 2023 Emil Malz verstorben ist. Emil Malz hat sich um die Gemeinde Obersiggenthal überaus verdient gemacht. Er ist in den neu eingeführten Einwohnerrat gewählt worden, das war im Jahr 1974 und hatte diesem drei Jahre angehört. Danach ist er ab 1977 Gemeinderat gewesen. Ab 1982 war er Vizeamman und von 1986 bis 1997 war er Gemeindeamman. Er hat damit 24 Jahre für die Gemeinde in offiziellen Funktionen übernommen. In dieser Zeit gab es eine rege Bautätigkeit der öffentlichen Hand. In seiner Amtszeit sind mehrere Bauprojekte realisiert worden, sowie z.B. das Schulhaus Kirchdorf wurde renoviert, die Turnhalle Bachmatt wurde saniert und das Gemeindehaus wurde umgebaut. Es hat einen Neubau gegeben; die Aula Unterboden und auch die Sporthalle wurden neu gebaut. Ebenfalls war er massgeblich beteiligt an der Gestaltung des Zentrums rund um den Markthof. Er hat sich sehr für den Bau der Siggenthaler Brücke eingesetzt, welcher allerdings erst nach dem Ausscheiden aus der Exekutive von ihm, realisiert worden ist. Er war in mehreren Kommissionen Mitglied, er war in der Wasserkommission gewesen, in der Ortsbürgerkommission, in der Einbürgerungskommission, in der Friedhofskommission und in der Planungskommission. Er hat viel Zeit eingesetzt zum Wohl unserer Gemeinde. Ausserdem war er von 1986 bis 1997 Mitglied des Grossen Rates und hatte dort auch Einsitz genommen in die Bau- und Planungskommission, sowie in die Kommission zur Prüfung des Geschäftsberichts der Kantonalbank. Zum Ende seiner Amtstätigkeit hat ihn die Gemeindeversammlung der Ortsbürgergemeinde am 17. November 1997 zum Ehrenbürger ernannt. Mit Emil Malz verliert die Gemeinde eine Persönlichkeit, welche hervorragend vernetzt war und sich mit Besonnenheit und ausserordentlich grossem persönlichen Einsatz für das Wohl von der Gemeinde eingesetzt hat. Ich denke, ich spreche im Namen Aller, dass wir seinen Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aussprechen. Als Zeichen des Gedenkens und zu seiner Ehre bitte ich Sie alle, sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Schild Ost

Der Teilgestaltungsplan Schild Ost ist Anfang Oktober 2023 in Rechtskraft erwachsen. Aufgrund dieser Rechtskraft sind wir jetzt mit Vorbereitungsarbeiten beschäftigt, um die Rechte und Pflichten, welche im Sondernutzungsplan und im öffentlich-rechtlichen Vertrag festgestellt sind, noch in die richtige juristische Form zu giessen. Die entsprechenden Dienstbarkeiten

müssen auf den Grundstücken angemerkt werden. Die Verträge über die Dienstbarkeiten und Rechte und Pflichten werden gleichzeitig mit dem Eigentumsübergang der Parzellen 61 geschlossen, welche der Einwohnerrat zugestimmt hat. Mit der Abwicklung dieses Vertrages, von den verschiedenen Vertragsverhältnissen, ist im nächsten Jahr zu rechnen.

Parkierungsreglement

Im Zug der Umsetzung des Parkierungsreglements hat der Gemeinderat bekanntlich Mängel in den internen Planunterlagen festgestellt. Es ist jetzt ein Verkehrsplanungsbüro mit der Aufarbeitung der bestehenden Pläne für Markierungen und Signalisationen beauftragt worden. Dabei finden unter anderem Begehungen vor Ort in den verschiedenen Quartieren statt. Diese Arbeiten waren nicht im Kredit eingerechnet. Weil aber sofort alle Arbeiten gestoppt wurden, sind wir aktuell noch gut innerhalb des Kreditrahmens unterwegs. Selbstverständlich werden wir die Kosten im Auge behalten. Gleichzeitig ergänze ich Synergien bei diesen Vorabklärungen mit einem künftigen Geschäft betreffend der Einführung von Tempo 30 bei den verbleibenden Gebieten von Obersiggenthal, bei welchen das Tempo-Regime noch nicht besteht.

Samstagsverkauf, Grüngut-Vignetten 2024

Kehricht- und Grüngutmarken für das nächste Jahr sind jetzt erhältlich. In den Monaten Januar und Februar 2024 kommt es daher erfahrungsgemäss zu längeren Wartezeiten vor den Schaltern der Einwohnerdienste, und dies nicht erst, seit wir am Dienstag- und Donnerstagmorgen geschlossen haben. Aus diesem Grund und im Sinne eines zusätzlichen Kundendienstes führt die Abteilung Einwohnerdienste im nächsten Jahr zum ersten Mal einen Samstagsverkauf für Grüngutvignetten, Kehricht- und Grüngutmarken durch. Dieser findet am 13. Januar 2024 statt, von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr. Andere Dienstleistungen können an diesem Samstag bei den Einwohnerdiensten nicht bezogen werden. Es handelt sich dabei um eine Eigeninitiative unserer Mitarbeitenden.

IT-Sicherheit

Bei der Zeitung hat man von einem Hackerangriff auf die Stadt Baden lesen können. Jetzt kann man offenbar im Darknet, Daten der Stadt Baden, erhältlich haben. Die Gemeinde Obersiggenthal ist sich dieser Gefahr bewusst und wir haben darum bereits im letzten Oktober 2023 von einer spezialisierten Firma einen sogenannten Penetrationstest durchführen lassen. Dabei wird untersucht, ob von extern auf die Daten der Gemeinde zugegriffen werden kann. Das Ergebnis ist beruhigend, es ist gut ausgefallen. Nur die Überprüfung von innerhalb unseres eigenen Netzwerkes hat zu einigen Empfehlungen geführt.

Analyse von Bau und Planung

Mittlerweile ist die BDO mit der Analyse der Bau und Planung beauftragt worden, die ersten Arbeiten sind auch bereits vorgenommen worden. Die eigentliche Prüfung startet im neuen Jahr.

Christoph Villiger, Präsident: In der Zwischenzeit ist Carol Demarmels zu uns gestossen. Es sind nun 34 anwesende vereidigte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen. Das absolute Mehr beträgt 18.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich kann Euch einen kurzen Bericht zur kantonalen Qualitätskontrolle unserer Schule abgeben. Die kantonale Qualitätskontrolle der Aargauer Schule findet in einem Zyklus von fünf Jahren statt. In diesem Jahr ist die Schule Obersiggenthal wieder einmal an der Reihe gewesen. Dies läuft ungefähr so ab: Man macht eine standardisierte Prüfung, diese fand im Frühling statt. Sie besteht aus digitalen Fragebogen. Diese werden von sämtlichen Lehrpersonen, von sämtlichen Eltern, von allen Schüler/innen ab der Mittelstufe ausgefüllt. Dann gibt es mündliche Interviews mit den Schulleitungsmitgliedern und mit den Schulbehörden (konkret mit mir). Es gibt auch eine Prüfung der Dokumentationen, welche die Schule führt. Vor den Sommerferien haben wir die Resultate erhalten. Es ist weitgehend gut ausgefallen. Der Kindergarten und die Oberstufen waren mit diesem Schritt bereits abge-

geschlossen gewesen, sie haben bestens erfüllt. Auch die Gesamtführung der Schule hat gut erfüllt. Einzelne Auffälligkeiten hat man in der Unter- und in der Mittelstufe gesehen. Die Schulaufsicht hat dann beschlossen, dass wir eine vertiefte Prüfung durchführen. Bei einer vertieften Prüfung werden einzelne Prüfpunkte genauer durchleuchtet. Dies geschieht durch ein externes Fachteam der pädagogischen Hochschule von der Fachhochschule Nordwestschweiz. In der Unterstufe ging es um das Arbeitsklima der Lehrer/innen und um das Verhältnis zu der Schulleitung. In der Mittelschule ging es um das Schul- und Unterrichtsklima und um die Elternkommunikation. Wir haben es dort schon gesehen und haben dies auch der Schulaufsicht kommuniziert, dass wir wahrscheinlich wissen, wo es klemmt. Es waren die beengten Raumverhältnisse, welche wir vor den Ferien noch gehabt haben. Wir hatten ein volles Schulhaus Unterboden, wir hatten Unterstufenschüler im OSOS, dies hat dazu geführt, dass es nicht überall rund läuft. Man hat es damals schon angesprochen und hat gesehen, dass dies eine Erklärung sein könnte, dass wir gewisse Probleme haben, gerade auch im Schulhaus Unterboden.

Im August hat dann das externe Fachteam seine Arbeit aufgenommen und wieder Interviews gemacht. Es sind alles Interviews gewesen mit Lehrer/innen, vereinzelt auch mit Schüler/innen, mit der Schulleitung und mit mir als Ressortverantwortlichem der Schule. Das Fachteam hatte gezielt einzelne Prüfungspunkte angeschaut und wir haben die Resultate dann im November 2023 erhalten. Die Resultate waren für uns, zur grossen Erleichterung, sehr gut ausgefallen. Es hat sich bestätigt, dass wir im Schulhaus Unterboden aufgrund enger räumlicher Verhältnisse vereinzelte Probleme hatten, welche zu Konflikten im Schulhaus und auf dem Pausenplatz führten. Wir hatten dort auch mit personellen Wechsels zu kämpfen; dies hat auch vereinzelt mit der Kommunikation der Eltern Schwierigkeiten gegeben. Aber es hat sich alles zusammen erklären lassen, warum es so gelaufen ist und wir haben gesehen, als man es nach den Sommerferien angeschaut hat, dass durch den Bezug des neuen Schulhauses sich viele Sachen bereits entspannt haben. Wir haben auch einen weiteren personellen Wechsel im Schulhaus Unterboden gehabt. Wir haben dort eine neue Schulleiterin. Wir haben die veränderten Unterrichtsverhältnisse in der Unterstufe. Wir haben nicht mehr vier Unterstufen-Standorte, sondern nur noch drei, weil wir keine Abteilung im OSOS mehr haben. Auch hier hat sich gezeigt, dass sich das Verhältnis schnell entspannt hat. Es gibt die Spannungen nicht wirklich zwischen dem Lehrpersonenteam und der Schulleitung, im Gegenteil, es ist eher so, dass die Schulleitung schon fast überbehütet, dass sie sich sehr stark engagiert und dass sich daraus gewisse Sachen erklären lassen.

Langer Rede, kurzer Sinn: Die Ergebnisse, die wir haben, werden nun stufenspezifisch auch noch ausgewertet, das sind die Steuergruppen der einzelnen Stufen und sie werden die Befunde, welche vorliegen, aufarbeiten. Es gibt hier und da noch Punkte, die man noch besser machen könnte. Die gibt es immer. Die Qualitätskontrolle des Kantons ist hiermit abgeschlossen und wir sind alle sehr zufrieden damit.

Dann habe ich noch einen zweiten Punkt, es betrifft die Schulraumplanung. Wir haben in der Sitzungsvorbereitung auf heute gesehen, in der Legislaturplanung kommt das Stichwort ebenfalls vor und dort steht, dass man für das Budget 2024 einen Betrag eingestellt hat, um eine neue Schulraumplanung zu machen. Es hat sich unterdessen herausgestellt, dass im Budgetierungsprozess ein Fehler passiert ist, welcher niemand bemerkt hat. Ich hätte es bemerken müssen, es tut mir leid. Ich werde Euch diesen als Verpflichtungskredit in der Sitzung vom März 2024 vorlegen.

Christoph Villiger, Präsident: Wir haben verschiedene Rücktrittsschreiben, welche ich Euch gerne vorlese. Es sind zwei **Rücktrittsschreiben aus dem Einwohnerrat**. Das erste Rücktrittsschreiben, welches ich vorlese, ist von **Markus Renggli**:

Lieber Einwohnerratspräsident Christoph. Rücktritt vom Einwohnerrat

Nach nunmehr 14 Jahren im Einwohnerrat reiche ich hiermit meinen Rücktritt per Ende 2023 ein. Ich konnte in dieser Zeit zwei Gemeindeammänner und eine Frau Gemeindeammann, sowie insgesamt zwölf Gemeinderatsmitglieder auf ihrem politischen Weg ein Stück begleiten.

Einige Jahre davon als Fraktionspräsident der CVP und neu – Die Mitte. Viele nachhaltige Projekte der Gemeinde konnten in dieser Periode realisiert werden. Ich denke dabei an das Goldiland, den Erhalt des Hallen- und Gartenbades sowie die erste Etappe des neuen Primarschulhauses. Es ist für mich nun an der Zeit, meinen Sessel zu räumen und neuen Kräften Platz zu machen. Insbesondere, da auch die Ersatzmitglieder der Mitte zum Teil erheblich mehr Stimmen erhalten haben als aktuell amtierende Ratsmitglieder anderer Parteien. Ich bedanke mich für die vielen interessanten Einblicke in das politische Räderwerk unserer Gemeinde und den kollegialen Austausch mit all den Menschen, die mir in der Ratstätigkeit begegnet sind.
Markus Renggli

Dann haben wir ein weiteres Rücktrittsschreiben von **Erich Schmid**:

Der Betreff war: Einwohnerrat, der Sesselkleber geht. Rücktritt aus dem Einwohnerrat.

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Christoph

Nach 22 Jahren Einwohnerrat habe ich mich entschlossen (endlich), Platz zu machen und trete hiermit per Ende 2023 zurück. Es waren interessante und lehrreiche Jahre. Wir haben viel diskutiert, manchmal auch gestritten, aber ich hatte immer das Gefühl, dass alle, vor allem das Wohl der Gemeinde im Vordergrund sind. Was das bedeutet, wurde aber natürlich unterschiedlich interpretiert. Für mich auch wichtig war, dass wir (meistens) sachliche Diskussionen hatten und keine persönlichen Angriffe gemacht wurden. Wir haben eine angenehme Gesprächskultur gepflegt. Ich wünsche allen weiterhin anregende und zielführende Diskussionen und werde sicherlich auch zukünftig das eine oder andere Geschäft studieren und die Einwohnerratssitzungen verfolgen. Nur einfach aus den Medien. Erich Schmid

Wir haben ein weiteres **Rücktrittsschreiben, welches die Finanzkommission betrifft, von Sandra Hehli**.

Rücktritt aus der Finanzkommission per 31. Dezember 2023

Lieber Christoph

Wie bereits angekündigt, gebe ich meinen Austritt aus der Finanzkommission per 31. Dezember 2023 bekannt. Die Arbeit in der Finanzkommission sowie in den Sitzungen mit dem Gemeinderat waren immer interessant und haben Spass gemacht. Nach 10 Jahren ist es aber an der Zeit, dieses Amt niederzulegen. Da ich nächstes Jahr mein Pensum erhöhe, wird für mich die Zeit zu knapp. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei meinen Kollegen aus der Finanzkommission sowie Bernhard Wehrli und seinem Team für diese immer super Zusammenarbeit. Im Rat werde ich Euch natürlich erhalten bleiben und mein Auge zukünftig immer noch kritisch auf die Zahlen werfen. Liebe Grüsse, Sandra Hehli

Das wären die Rücktrittsschreiben gewesen.

Dann haben wir einen Neueingang auf dem Tisch, es betrifft das Postulat "Open Sunday", Bewegung und Sport / Bewegungsförderung, von Esther Reimann. Im Rahmen der Umfrage hat Esther Reimann die Gelegenheit, etwas dazu zu sagen, wenn sie möchte. Die Behandlung dieses Postulats respektive den Entscheid ob wir es bewilligen oder nicht, treffen wir an der nächsten Sitzung.

Dann kommen wir noch zum **Protokoll**: Das Protokoll der letzten Sitzung vom 27. September 2023 wurde Ihnen auf der CMI Datenbank fristgerecht bereitgestellt. Da gibt es noch Ergänzungen von Romana Hächler.

Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II: Wir haben drei Korrekturen beim letzten Protokoll. Bei Lukas Füglistler habe ich dummerweise die falsche Partei zugewiesen. Es ist nicht die Mitte, sondern die SVP, auf der Seite 8. Auf der Seite 39 hat Christian Buser, so haben wir es verstanden, gesagt: Das Gesetz ist relativ klar mit der Frage zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen. Korrekt wäre: Das Gesetz ist relativ klar mit der Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen. Auf der Seite 41 ist es nicht Christian Buser, sondern Christian Blum, welcher etwas gesagt hat.

Christoph Villiger, Präsident: Vielen Dank, Romana Hächler, für diese Änderungen. Da Ihr jetzt diese Änderungen erfahren habt, müsstet Ihr sagen, wenn es einen Einspruch gegen dieses Protokoll gibt. Aber wenn es für Euch okay ist mit diesen Änderungen, werden wir das Protokoll, in diesem Sinne, genehmigen. Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung des Einwohnerrats genehmigt.

2 2022/31 Legislaturziele 2022-2025 - Zwischenbericht

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Am 28. September 2022 hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat seine politischen Ziele für die Legislaturperiode 2022-2025 vorgestellt. Dazu und zu den beschlossenen Massnahmen hat der Einwohnerrat damals bereits Stellung genommen. Heute geht es im Fokus nicht mehr um die Legislaturziele und die daraus abgeleiteten Massnahmen an und für sich, sondern es geht um den Zwischenbericht. Es geht um den Statusbericht betreffend dem Stand der Umsetzung der definierten Massnahmen. Die entsprechenden Rückmeldungen finden Sie auf der tabellarischen Darstellung ganz rechts. Über den Zwischenstand setzen wir den Einwohnerrat in Kenntnis. Bis zum Ende der Legislatur in zwei Jahren möchten wir noch die anderen offenen Massnahmen angehen oder noch vollständig erledigen. Sofern dafür finanzielle Mittel nötig sind, wird sich der Gemeinderat dafür an den Einwohnerrat wenden, entweder im Budget oder mit einem separaten Antrag. Für Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

May Beyli: In der Sitzung vom 28. September 2022 hat die SP-Fraktion festgehalten, dass wir den grossen Aufwand für die Erstellung der Legislaturziele sehen und anerkennen. Für uns war damals bereits klar, dass wir uns insgesamt zwar mehr Mut gewünscht hätten bei der Ausformulierung der Ziele (z.B. im Bereich Infrastruktur, Energie und Klima), wir haben jedoch auch den Willen gesehen, sich politisch hinter den Zielen zu einigen und auf erreichbare Ziele festzulegen.

Für uns als Fraktion ist es mit den uns präsentierten Unterlagen schwierig, den Zwischenstand zu beurteilen, da er, unseres Erachtens, eher vage formuliert ist. So z.B. in Bezug auf das Ziel, dass die Gemeinde die Vereinbarkeit für Familie und Beruf fördert. Hier steht unter anderem: "Dabei sollen auf der Basis des bestehenden schulischen und ausserschulischen Betreuungsangebotes der Gemeinde sowie den personellen Möglichkeiten neue Lösungsansätze zur verbesserten Zusammenarbeit geprüft werden." Was heisst dies konkret? Sind die personellen Möglichkeiten denn aktuell gegeben? Wovon hängt die Zusammenarbeit ab? Wie stehen denn die einzelnen Akteure dazu? Oftmals steht, dass etwas in Planung ist, was wir sehr begrüssen, da hier Gestaltungswille gezeigt wird. Gleichzeitig wird kaum gesagt, wann und ob diese Pläne dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Handkehrum gibt es aber Bereiche, in denen es auch konkretere Beschreibungen gibt, z.B. im Bereich Infrastruktur. Bei diesem steht, dass die PV-Anlage des Goldilands am Netz ist.

Wir wünschen uns als Fraktion konkretere Ausformulierung der erreichten und nicht erreichten Zwischenschritte und eine Zeitangabe, wann diese dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Gegeben falls würde es sich lohnen, dies in einer allgemeinen Kommunikationsstrategie festzuhalten, z.B. wer informiert in welcher Tiefe über welche Projekte? Mit dem Ziel, die wertvolle Arbeit der Gemeinde plastischer und nachvollziehbarer zu machen. Hierbei interessieren auch Stolpersteine, da sie gegebenenfalls wiederum Möglichkeiten alternativer Lösungsvorschläge bieten. Als kommunale SP-Fraktion ist es unser grösstes Interesse, dass sich die Gemeinde nachhaltig und menschenfreundlich weiterentwickelt. Auch andere Parteien verfolgen Interessen für die Gemeinde und wollen mitgestalten. Nur schon deshalb wäre es spannend, mehr Transparenz seitens des Gemeinderats zu erhalten, damit wir gemeinsam weiterkommen.

Wir nehmen als Fraktion den Zwischenbericht zur Kenntnis und danken für die Erstellung.

Christian Blum: Die FDP-Fraktion bedankt sich auch beim Gemeinderat für die Erstellung des Zwischenberichtes zur Legislaturperiode. Wir werden die Interessen verfolgen, wie die Konkretisierung beim Schuldenabbau aussieht. Da sind gewisse Schritte getätigt worden, aber jetzt muss es sicherlich konkreter werden. Ich bin in der EUK. Ich verfolge mit Interesse alles, was mit dem energiepolitischen Programm zu tun hat und ich sehe vor meinem geistigen Auge diese Vielzahl an Flachdächern, die wir in der Gemeinde haben, als zukünftiges Potential, deutlich mehr Solarenergie zu erzeugen. Die Vitalisierung, ich arbeite selber in der IT, da habe ich mich gefragt, ob es eine Kommission gibt, welche sich mit diesem Thema gesamtheitlich beschäftigt. Dies wäre vielleicht einmal eine Möglichkeit. Eine Webseite ist nur ein Anfang, also man kann sicherlich deutlich mehr machen. Vielleicht wäre dies etwas, was wir in Zukunft der Kommission ins Körbchen legen könnten.

Dann haben wir bei der Fraktionsitzung noch das Thema Begegnungsort besprochen, also der virtuelle Begegnungsort ist sicherlich interessant. Es liest sich ein bisschen so, wie wenn der physische Begegnungsort der Begegnung das Schulhaus Bachmatt sein soll, aber realistisch ist es so, dass es heute nicht der Ort ist, bei welchem sich alle treffen. Das haben wir beim Cleanup Day gesehen, das das Schulhaus Unterboden die inoffizielle Begegnungsstätte der Gemeinde und im Sommer sicherlich auch an der Limmat.

Alois Baumgartner: Den Statusbericht der Legislaturziele hat die Fraktion Die Mitte positiv zur Kenntnis genommen. Der Bericht soll künftig so weitergeführt werden. Wir danken dem Gemeinderat für den Statusbericht. Hinweise zur Verbesserung zwecks besserer Lesbarkeit des Statusberichts: Erstens, die Verwendung von Abkürzungen sollen in Zukunft bitte in einer Legende erklärt werden. Zweitens, die eingeleiteten Massnahmen sollen bitte künftig mit einer Zeitachse versehen werden.

Tomas Nezel: Wir danken dem Gemeinderat zum Statusbericht in der Mitte der Legislaturziele. Es ist erfreulich, dass die Umsetzung der einzelnen Legislaturzielen voranschreitet. Der Status ist mehrheitlich verständlich verfasst, jedoch hat es bei unserer Fraktionsitzung doch bei einzelnen Punkten Fragen gegeben, z.B. beim Thema Finanzen. Dort steht als Legislaturziel: "Unser Finanzhaushalt richtet sich nach den finanziellen Möglichkeiten und Bedürfnissen der Gemeinde Obersiggenthal". Bezüglich den Finanzen hätten wir uns also grössere Fortschritte gewünscht. Gemäss Postulat Schuldenabbau wäre bis 30. Juni 2023 eine vertiefte Prüfung der Ausgaben- und Einnahmenseite geplant gewesen. Es ist auch erwähnt worden, dass der Einwohnerrat einen separaten Bericht zu dieser Prüfung erhält. Bisher sind aber keine konkreten Massnahmen bekannt, wie die Schuldensituation verbessert werden kann. Deswegen erwarten wir vom Gemeinderat, dass er dieses Thema noch angeht.

Betreffend dem Leitsatz zum Thema Verkehr: Da steht: "Das Verkehrsaufkommen MIV auf der Landstrasse und der Hertensteinstrasse wird gesenkt." Dort steht unter dem Status ganz allgemein, dass die Gemeinde in diversen Gremien vertreten ist und sich aktiv an den Diskussionen beteiligt. Uns fehlt das Konkrete, was konkret hat Obersiggenthal an diesen Diskussionen eingebracht? Welche Standpunkte hatten unsere Gemeinde dort vertreten? Was ist in diesen Gremien unternommen worden, um klar zu machen, dass der tägliche Durchgangsverkehr auf der Land- und Hertensteinstrasse gesenkt wird? Könnte dies der Gemeinderat näher ausführen? Was ist die Einschätzung des Gemeinderats, dass man das Ziel, so wie es im Leitsatz formuliert ist, auch erreicht?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es ist eine konkrete Frage gestellt worden betreffend dem GVK. Wenn ich das richtig verstanden habe, möchtest du Auskünfte über die Verhandlungen in den verschiedenen Gremien?

Tomas Nezel: Ja, welche Standpunkte hat unsere Gemeinde vertreten? Was haben sie gesagt oder unternommen und wie haben sie sich eingebracht?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Zuerst einmal, in welchen Gremien wir Einsitz nehmen: In der Behördendelegation, dort bin ich, Bettina Lutz Güttler, als Gemeindeammann vertreten. In der Begleitkommission, das ist das Expertengremium, bei welchem an und für sich der Leiter Tiefbau bekleidet war, das ist Kapeeth Selvarajah gewesen. Seit er nicht mehr dabei ist, ist nun Peter Marten als Vertreter der Gemeinde dort.

Dann haben wir verschiedene Arbeitsgruppen, bei welchen Obersiggenthal ebenfalls vertreten ist. Das ist die Arbeitsgruppe Fuss- und Fahrradverkehr, dies wäre auch beim Leiter Tiefbau. Dort bin aktuell ich, Bettina Lutz Güttler, dabei. Dann gibt es eine Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr, das wäre auch beim Leiter Tiefbau, da ist jetzt Tanja Marullo und dann gibt es noch die Arbeitsgruppe Strassennetz und -Betrieb, das wäre auch beim Leiter Tiefbau. Dies ist aktuell bei einem Vertreter der Verkehrskommission. Weiter haben wir die Mobilitätskonferenz, das sind insgesamt rund 200 Personen, dort sind alle Vertreter der Behördendelegation, der Begleitkommission plus noch elf Vertreter der Gemeinde, welche dort teilnehmen. Selbstverständlich versuchen wir, die Interessen von Obersiggenthal in diesen Gremien einfließen zu lassen. Über die konkreten Verhandlungen dürfen wir nichts kommunizieren, aber es finden sich alle Protokolle der Behördendelegationen im Internet. Diese sind allen zugänglich, ebenso die ganzen Unterlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst eine Siedlungverträglichkeit hergestellt werden soll. Dies ist allerdings sehr schwierig auf dieser sehr stark befahrenen Achse von Aaretal nach Baden. Dies ist uns allen bekannt. Wir setzen uns für die Förderung des Fahrrad-, des Fuss- und des öffentlichen Verkehrs ein. In den Zeitungen konnte man lesen, dass wir ebenfalls eine Eingabe gemacht haben für eine neue Buslinie, bei welcher der Bahnhof Turgi mit dem Bahnhof Niederweningen verbunden werden soll. Wir sind auf ganz vielen Ebenen unterwegs und versuchen möglichst, die Interessen von Obersiggenthal in diese Gremien einzubringen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Der Zwischenbericht Legislaturziele 2022-2025 wird zur Kenntnis genommen.

3 2023/20 Erschliessung Bauparzellen Häfelerhau – Projekt und Verpflichtungskredit

Eintreten nicht bestritten
—

Peter Stucki, Vizeammann: Mit der Inkraftsetzung der aktuellen Bau- & Nutzungsordnung im Jahre 2014 sind im Gebiet Häfelerhau mehrere Parzellen in eine Bauzone umgewandelt worden. Die Grundeigentümer beabsichtigen jetzt, auf diesem Areal drei Mehrfamilienhäuser mit 64 Wohnungen zu errichten. Gemäss dem Baugesetz sind Kommunen verpflichtet, neue Bauzonen zeitgerecht zu erschliessen. Das heisst, dass die neuen Bauzonen an das öffentliche Wasser, Abwasser, Strassen-, Weg- und Elektrizitätsnetz angeschlossen werden müssen.

Das Gebiet Häfelerhau befindet sich am Ende des Waldeggweges auf dem Areal der ehemaligen Gärtnerei Weber. Der Baustellenanschluss wäre über den Waldeggweg. Dies wäre die Hertensteinstrasse. Der Waldeggweg mit dem Knick führt den Berg hinauf. Hier haben wir einen Fussweg-Verbotsweg. Eine Treppe, welche hinabgeht und hinauf in die Gärtnereianlage. Das wäre die Rundstrasse Rosenweg. Die bestehende Versorgung mit Trinkwasser und Entsorgung von Abwasser ab Knoten Hertenstein durch den Waldeggweg bis zum Knoten X sind für das Baufeld Häfelerhau gross genug dimensioniert. Lediglich der Anschluss ab Knoten X bis zum Baufeld hinauf muss neu erstellt werden. Auch der Waldeggweg im unteren Teil

braucht keine Anpassungen. Aber im oberen Teil muss ein Platz für das Kreuzen von Lastwagen mit Personenwagen neu erstellt, der Anschluss vom Knoten X bis zum Baufeld verbreitert und eine kleine Mauer muss nach hinten verschoben werden. Weil das Schwergewicht der Erschliessung im obersten Teil des Waldeggweges ab Knoten X liegt, haben wir mit einem Vertrag den Grundstückeigentümern die Federführung bei der Realisierung der Erschliessung überlassen. So können die Grundeigentümer die Erschliessung und Erstellung der neuen Häuser besser koordinieren und terminieren. Für die Gemeinde bedeutet dieses Arrangement, dass ein guter Teil der Planungs- und Überwachungsaufwendungen vor und während der Baurealisierung wegfällt. Mit einem Erschliessungsvertrag ist mit den Grundeigentümern eine Baukostenteilung von je 50% vereinbart worden. Der Anteil der Gemeinde beträgt gesamthaft CHF 515'060 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023). Davon können CHF 11'890 als Vorsteuerabzug bei den beiden Eigenwirtschaftsbetrieben Wasser und Abwasser mit der Steuerverwaltung verrechnet werden. Es ist der aktuell gültige Mehrwertsteuersatz von 7.7% berücksichtigt. Der Satz wird am 1. Januar 2024 auf 8.1% erhöht. Es ist eine offene Bauabrechnung vorgesehen, das heisst, die Gemeinde prüft und visiert jede Rechnung zum Projekt vor der Bezahlung. Im Antrag nicht enthalten ist der Anschluss des Baufeldes an das Elektrizitätsnetz. Das Baugesuch für die Erschliessung liegt seit Mitte November 2023 öffentlich auf. Am 25. November 2023 hat ein Informationsanlass und eine Begehung mit den Anwohnern im Namen der Gemeinde stattgefunden. Der Baustart ist im Februar 2024 vorgesehen. Ich bitte Sie, dem Verpflichtungskreditantrag über CHF 348'670 inkl. MwSt. für die anteiligen Kosten für die Strassenverbreiterung zulasten der Einwohnergemeinde und CHF 68'390 inkl. MwSt. für die anteiligen Kosten für die Wasserleitungen zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Wasserversorgung und CHF 98'000 inkl. MwSt. für die anteiligen Kosten für die Erstellung der Kanalisation zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Abwasserentsorgung zuzustimmen, damit die Gemeinde ihre Verpflichtung zur zeitgerechten Erschliessung des Baufeldes nachkommen kann.

Micha Jetzer: Die SVP-Fraktion hat dies angeschaut und aufgrund eines solchen Bauprojektes der Gemeinde Obersiggenthal steht die SVP-Fraktion mehrheitlich hinter diesem Projekt und der damit verbundenen Erschliessung. Wir begrüssen es, dass die Verbreiterung mehrheitlich von der Bauherrschaft getragen wird.

Christian Blum: Auch die FDP-Fraktion befürwortet das Projekt und freut sich, dass es nach mehrjähriger Planung und nach langjährigen Diskussionen jetzt konkret los geht. Wir werden dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Nichtsdestotrotz vielleicht eine kleine Bemerkung: Ich habe mir die Situation dort vor Ort auch selber angeschaut. Wir haben es in der Fraktionssitzung diskutiert. Die Erschliessungssituation ist mehr als schwierig. Man hat hier eine Ansammlung von Einfamilienhäusern, ich glaube es ist bereits ein grösseres Gebäude dort und dann die 64 Wohnungen direkt hinten am Waldrand. Das heisst, es wird auf dieser kleinen Strasse, auch wenn sie verbreitert wird, ein Kommen und Gehen sein von Fussgängern, Radfahrern, Paketdiensten, Autos und man muss es dann sicherlich anschauen, wie das reell aussieht, wenn das alles steht und die Wohnungen bezogen sind, ob man vielleicht in irgendeiner Form nachlegen muss.

Erich Schmid: Mit der Verabschiedung der neuen Bau- und Nutzungsordnung im 2013 durch den Einwohnerrat, respektive der Genehmigung durch den Regierungsrat im 2014, wurde der Umzonung des Gebietes Häfelerhau zugestimmt. Mit dieser Zustimmung haben die verschiedenen Gremien indirekt auch der Anpassung der Erschliessung zugestimmt und nun kommt der entsprechende Kredit, um den damaligen Beschluss umzusetzen. Für Fraktion Die Mitte ist es somit klar, dass wir dem Kredit zustimmen.

Leider hat die Vorlage diverse grobe Fehler und wir haben deshalb dem Gemeinderat vorgeschlagen, den Antrag zu überarbeiten und neu vorzulegen. Anscheinend ist dies nicht möglich und deshalb stellen wir hiermit einen eigenen Antrag. Folgende Punkte im Antrag des Gemeinderates sind falsch oder unvollständig:

- Der Antrag ist nur ein Kredit, aber es werden sowohl die Einwohnergemeinde wie auch die Eigenwirtschaftsbetriebe belastet. Es müssen somit, wie bei Strassenbauten üblich, drei Anträge gestellt werden.
- Die Kostenschätzung vom Planungsbüro blesshess ist sehr detailliert und erscheint uns sinnvoll.
- In der Kostenschätzung werden sowohl die Honorare und Nebenkosten für Geometer ausgewiesen und eingerechnet. Auffällig ist, dass das eingesetzte Honorar mit 28.7% über alle Objekte sehr grosszügig ist.
- Ebenfalls eingerechnet wurden 10% für Unvorhergesehenes.
- Insgesamt wird ein Gesamtbetrag von CHF 636'000 exkl. MwSt. ausgewiesen. Darin enthalten ist auch das Objekt ÜBWL, was wohl für die Stromversorgung steht und somit nicht zu Lasten der Gemeinde, sondern der EGS, geht.
- Im Technischen Bericht (TB) von blesshess werden die Zahlen aus der Kostenschätzung gerundet übernommen. Bis dahin stimmt es.
- Im Antrag des Gemeinderates werden diese Zahlen ebenfalls übernommen, aber das Honorar und die Nebenkosten werden nochmals dazu addiert: Diese Kosten sind somit doppelt im Antrag enthalten und die Kreditbeträge sind zu hoch resp. falsch.
- Im Kapitel 5 wird der Betrag im Aufgaben- und Finanzplan der Einwohnergemeinde richtig angegeben. Es fehlen aber die Hinweise, dass dieses Projekt in den Aufgaben- und Finanzplan der Eigenwirtschaftsbetriebe Wasser und Abwasser fehlen.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen haben wir die erste Seite des Antrages korrigiert und beantragen diesen als Gegenvorschlag zum gemeinderätlichen Antrag zu bewilligen. Die Seiten 2 ff haben wir nicht überarbeitet. Zusammengefasst haben wir den Kredit auf die drei Kassen aufgeteilt und die Kosten richtiggestellt.

Ein persönliches Statement zum Gestaltungsplan Häfelerhau muss ich hier aber auch noch anbringen: Die Umzonung wurde 2013 intensiv im Einwohnerrat diskutiert und das Gebiet dort oben ist unter dem Motto: «Es ist das Filetstück der Gemeinde und es soll ein Quartier von Einfamilienhäusern entstehen», genehmigt.

Was nun vor der Realisierung steht, hat mit der damaligen Aussage überhaupt nichts mehr zu tun. Es ist schade, dass es der Gemeinderat nach der Umzonung nicht geschafft hat, seine damaligen Erläuterungen – aus meiner Sicht sogar Versprechungen – umzusetzen und es den Grundeigentümern ermöglicht hat, nur auf die (weitere) Gewinnmaximierung zu schauen. Unter anderem ist dies wohl auch dem Umstand geschuldet, dass es Wechsel beim Gemeinderat gegeben hat. Ich erachte es als schade, dass die damaligen Versprechungen nicht weiterverfolgt wurden.

Der Gegenvorschlag, welcher ich jetzt abgeben werde, besteht aus drei Seiten, d.h. eigentlich eine Seite, das Deckblatt; da es so viele Korrekturen sind, sind es zwei Seiten und hinten ist der Kostenvoranschlag übersetzt, was im gemeinderätlichen Antrag stehen sollte. Im ersten Teil der Seite steht "Erschliessung Bauparzellen Häfelerhau – Projekt und Verpflichtungskredit. Dort sollten alle drei einzelnen Kredite aufgeführt sein. Ich habe übrigens beim Erlenweg abgesehen, welchen wir vor ein, zwei Jahren genehmigt haben. Ich habe es genau gleich aufgebaut und der Antrag unten selber ist ziemlich genau, was da vorne steht, einfach mit den richtigen Zahlen.

Antrag A: Der Verpflichtungskredit von CHF 306'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Erschliessung der Bauparzellen Häfelerhau wird bewilligt.

Antrag B: Der Verpflichtungskredit von CHF 54'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Wasserleitungen der Bauparzelle Häfelerhau wird bewilligt.

Antrag C: Der Verpflichtungskredit von CHF 78'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Abwasserleitungen wird bewilligt.

Anand Keshava: Grundsätzlich ist die Gemeinde verpflichtet, eine neue Parzelle mit Wasser, Strom etc. zu erschliessen. Somit geht es bei diesem Traktandum eigentlich nur darum, wie es gemacht wird und nicht, ob es gemacht wird. Aber wir begrüßen grundsätzlich, dass die Bäume erhalten bleiben und auch im Siedlungsgebiet, Zone 20 eingeführt wird. Wir halten es auch für sinnvoll, dass der Gemeinderat entschieden hat, den Grundeigentümern die Realisierung der Erschliessung zu überlassen. Aufgrund der Unterbesetzung der Abteilung Bau und Planung macht dieses Vorgehen Sinn. Grundsätzlich unterstützen wir diesen Antrag.

Marco Erni: Ich sage nicht viel Neues. Wir von der SP-Fraktion begrüßen dieses Vorhaben auch. Auf Basis der revidierten Bau- und Nutzungsordnung 2014 sind wir jetzt bei diesem Punkt, bei welchem es um die Erschliessung geht. Man hat dazumal gewusst, man zont um, es fallen Kosten für die Erschliessung für die Gemeinde an und entsprechend ist dies auch einfach folgerichtig. Jetzt haben wir diese Kreditvorlage auf dem Tisch und wir haben festgestellt, dass die Kostenschätzung zwar detailliert erscheint, aber es ist trotzdem nur eine Kostengenauigkeit von 20 % ausgewiesen. Damit rechnen wir schon, dass es dann auch Ungenauigkeiten und Abweichungen geben kann. Wir haben auch festgestellt, es gibt diesen Vertrag, bei welchem die Verantwortung abgegeben wird, also der Bauherrschaft wird die Ausführung übertragen. Die Verantwortung wird abgegeben, man gibt das Steuer etwas aus der Hand, kann man sagen. Andererseits sehen wir das auch als Chance, dass man es schnell und professionell so ausführen kann und wie auch gesagt worden ist, mit der Situation der Abteilung Bau- und Planung, der Ressourcen, ist dies wahrscheinlich auch richtig, dass man dort gewisse Sachen abgibt und entsprechend, wie gesagt, wir stimmen dem Verpflichtungskredit Häfelerhau zu und weil es voran gehen sollte, habe ich jetzt auch persönlich das Gefühl und würde ich auch Hand bieten, um einem angepassten Antrag dementsprechend zuzustimmen.

Christian Buser: Wir haben es von Erich Schmid gehört, es ist nicht ganz einfach mit den ganzen Zahlen, es ist ein Risiko, dass es gewisse Mischungen gibt. Es ist ein GU daran, das kann zum einen effizient sein, er ist aber gleichzeitig im Hochbau tätig und er ist auch gewinnorientiert und jede Einsparung, jeder Franken geht in seinen Gewinn. Man kann mit den Zahlen etwas jonglieren. Aus unserer Sicht muss diese Abrechnung mit allen Ausmassen, Objektgliederung sauber kontrolliert werden. Wir kennen die Situation von Bau und Planung. Sie haben weder Zeit noch die Ressourcen noch die Ruhe und deshalb möchten wir den Antrag stellen, Erich Schmid und ich, dass der Gemeinderat verpflichtet wird, ein unabhängiges Planungsbüro zu beauftragen, welches die Abrechnung inkl. die Ausmasse für die Erschliessung des Baugebietes Häfelerhau detailliert zu prüfen und zu kommentieren hat.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich nehme Stellung zu diesen zwei Voten. Das mit den drei Anträgen, welche wir hier sehen, aber in der Vorlage nicht so geschrieben ist, habe ich zur Kenntnis genommen. Ich nehme die Schuld dafür auf mich, dass es eventuell auf dem Antrag, welchen Sie erhalten haben, falsch dargestellt ist. Ich habe auch in den alten Unterlagen nachgeschaut und gesehen, dass man es früher dargestellt hat, je nach Kostenträger. Mir ist es so aber nicht bekannt, dass es eine gesetzliche Verpflichtung gibt oder irgendeine Vorschrift, wie ein Einwohnerratsantrag zu verfassen ist. Wir haben uns aber in der Vorbereitung auf den heutigen Abend, zusammen mit Romana Hächler, beim Rechtsdienst des Kantons Aargau erkundigt, wenn wir diesen so präsentieren. Dieser Antrag ist rechtlich gültig.

Zu den Kosten: Am 18. Oktober 2023 haben wir von der Firma blesshess die Kostenaufstellung erhalten. Wir haben sie dann erhalten, wir haben sie zusammen mit den Grundeigentümern, vertreten durch die Firma Marti Gesamtleistungen AG besprochen im Gemeindehaus in Obersiggenthal. Die damals verantwortliche Person bei der Firma Marti, welche die Federführung bei der Erschliessung haben wird, hat mich gebeten, zu diesen Zahlen von der Firma blesshess 10% dazuzurechnen, weil in dem Moment, am 18. Oktober 2023, das Bauprojekt noch nicht fertig gewesen ist. Man hat noch mit vielen Ungewissheiten gerechnet. Wie gesagt, wir nehmen noch etwas für die Sicherheit dazu. Jetzt können Sie entscheiden, dass wir diese nicht dazunehmen, dann steht in ein paar Jahren wieder jemand hier und wird dann erzählen, möglicherweise nur weil es teurer geworden ist. Diesen Entscheid möchte ich Ihnen

überlassen. Die Verpflichtung der Gemeinde, dass wir diese Erschliessung sicherstellen, die Verpflichtung der Gemeinde, mit einem Erschliessungsvertrag mit den Grundeigentümern, ist geschlossen. Dieser ist da. Ob jetzt Vertreter unseres Einwohnerrates recht haben oder ob es vielleicht im Bau auch einmal etwas anders gehen kann anstatt nach der Schulnorm, aber immer noch im rechtlichen und vernünftigen Rahmen, im Sinn der Gemeinde Obersiggenthal, dies müssen Sie entscheiden. Was ein externes Planungsbüro bei Aufträgen beinhaltet und du hast es im Namen auch von Erich Schmid verlangt, frage ich schon fast, sind dann jene Kosten enthalten jetzt in Euren Anträgen? Aber ich möchte hier nicht böse werden. Wir werden in dieser Geschichte von Werner Huber, welcher bei uns als Projektspezialist für einzelne Aufgaben engagiert ist, sehr eng beraten. Er ist selber gelernter Tiefbauer, er war Gemeindeamann, war politisch aktiv gewesen. Er kennt sich im Bauwesen bestens aus. Er betreibt eine eigene Firma und berät uns bei gewissen Sachen. Es kann sein, dass Ihnen dies auch genügt, weil wir diese Beratung haben. Er hat auch darauf bestanden, dass wir eine offene Rechnungslegung haben. Das heisst, die Gemeinde sieht jede Rechnung von jedem Bauunternehmen, bevor sie bezahlt wird.

Was das Votum von Erich Schmid bezüglich der Einfamilienhäuser betrifft ist es richtig, es wechselt sowieso in der Gemeinde im Gemeinderat. Was ich aber miterlebt habe, ist der Prozess der Erstellung und der Bewilligung des Gestaltungsplans. Beim Gestaltungsplan sind die Volumen der drei Häuser aufgeführt, es hat ein öffentliches Mitwirkungsrecht gegeben. Der Gestaltungsplan mit diesen drei Mehrfamilienhäusern ist demokratisch zustande gekommen, vom Kanton bewilligt und wenn man jetzt noch Geschichten von anno domini erzählt und uns zum Vorwurf macht, finde ich das nicht ganz korrekt. Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion Die Mitte zurückzuweisen.

Erich Schmid: Betreffend dem letzten Punkt, zu der Mitwirkung: Wir haben mitgemacht, wir haben gesagt, dies ist nicht das, was uns versprochen worden ist. Der Gemeinderat inkl. der damalige zuständige Bauverwalter hat dann gesagt, was man damals versprochen hat, geht uns nichts an. Wir haben das nun ausgehandelt und das ist mehr oder weniger wörtlich. Die Antwort von mir könnt Ihr Euch vorstellen, sehr erfreut. Wenn die Angestellten von Marti sagen, plus 10% bei einem Bauprojekt, ich weiss nicht, ich möchte nicht einen Exkurs machen in Bauplanung und Bauphasen. Aber was im Bauprojekt enthalten ist, das denken die meisten, das ist ja einfach etwas, was gebaut wird. Nein, dies ist eine Bauphase, eine Planungsphase, darin werden Kostengenauigkeiten angegeben, nachzulesen in der SIA 103 +/- 10%. Das stimmt. Wir haben nicht ein Bauprojekt. Wir haben ein Vorprojekt SIA 103 +/- 20%, so wie bloss das im KV oder in ihrer Kostenschätzung festgehalten hat, mit Standardabweichung +/- 20%, dies ist ein seltsamer Begriff. Das habe ich im Bau noch nie gehört. Aber Statistik und Bau ist fast das Gleiche. Andere Wege beschreiten, deshalb haben wir das mit den Rechnungen kontrolliert. Es gibt Firmen, bei denen es bekannt ist, dass sie spezielle Wege beschreiten. Die sind jetzt dort oben involviert. Es war übrigens nicht meine Idee mit diesen Ausmasskontrollen. Was ich auch ganz klar sagen möchte: Wenn Ihr die Rechnungen bekommt, das reicht nicht, um zu schauen, was darinsteht. Es muss eine Ausmasskontrolle gemacht werden und wenn Ihr es mir nicht glaubt, dann fragt Christian Buser, fragt den Architekten bei den Zuschauern hinten, wie man das macht. Ich kann Euch sagen, ich habe schon einige Ausmasskontrollen gemacht und ich habe schon einige Sachen gefunden, welche nicht sehr genau waren und zurückgewiesen worden sind. Betreffend der 10%, welche Du dazugeschlagen hast: Wir haben von Deiner Seite Anträge über CHF 516'000 oder CHF 515'000. Meine Anträge zusammengezählt ergeben CHF 438'000, wenn ich das richtig gemacht habe, das sind 17.5, also auch die 10% Zuschlag stimmen nicht, wenn denn das wirklich so gemacht worden wäre. Was einfach auffällt: Die 10% stimmen meiner Meinung nach nicht. Es fällt auf, dass es genau um das Honorar, welches doppelt enthalten ist, geht. Ihr könnt es im Excel nachlesen, ich kann es Euch auch senden, wenn Ihr das möchtet, dann könnt Ihr es nachprüfen. Dies ist nicht die erste Excel-Tabelle, welche ich erstellt habe. Ich denke, meine Zahlen stimmen.

Christoph Villiger, Präsident: Ich hätte einen Ordnungsantrag gemacht. Wir haben ein Durcheinander mit den Zahlen. Wir haben einen Antrag des Gemeinderates, wir haben einen Antrag der Fraktion Die Mitte, und wir haben gleichzeitig einen Antrag von Dir, Christian Buser.

Wir machen 10 Minuten Pause, dann haben die Fraktionen die Gelegenheit, sich kurz zu beraten. Ich werde mir auch ein paar Gedanken machen und nach 10 Minuten kommen wir wieder zusammen und setzen die Diskussion und Abstimmung fort.

Marco Erni: Ich habe noch eine Verständnisfrage: Ich habe nicht ganz verstanden, betreffend dem Antrag von Erich Schmid, was gekürzt worden ist. Die Aufteilung ist klar, dass wir sie so machen. Aber kürzt man den Gesamtantrag um 10 % oder irgendwelche %? Geht es nur darum oder gibt es noch etwas anderes, was in Eurem Antrag steht? Geht es nur um die Kredithöhe oder geht es noch um etwas anderes?

Erich Schmid: Was ich gemacht habe, ist, das Honorar ist nicht mehr doppelt vorhanden, sondern noch einfach vorhanden. Dies macht CHF 77'000 aus, um welches der Gesamtbetrag gekürzt ist und aufgeteilt auf die drei Positionen. Das ist das, was es beinhaltet.

David Wick: Nur ganz schnell: Da ist keine Reserve enthalten, ist es nur das doppelte Honorar, welches Du beim Antrag herausgestrichen hast?

Erich Schmid: Es sind einfach immer noch die 10 % Unvorhergesehenes darin enthalten, welche bloss eingerechnet hat und welche der Gemeinderat noch einmal eingerechnet hat.

Christoph Villiger, Präsident: Wir haben einen gemeinderätlichen Antrag und wir haben einen Antrag von der Fraktion Die Mitte. Wir werden sie einander gegenüberstellen.

Christian Buser: Zu meinem Antrag: Es haben Einige noch betreffend den Kosten gefragt. Ich habe es für mich aufgetragen. Ich gehe davon aus, dass, wenn alles geliefert wird, wie es Usanz ist, dann ist es eine Arbeit von 4-6 Tagen. Es braucht jemand, der etwas Erfahrung hat, das wäre in der SIA Kategorie D, ein Experte. Dort ist der Tarif um die CHF 180 pro Stunde. Dies stimmt etwa damit überein. Wir haben kürzlich einmal für die Baugesuchbeurteilungen Tarifordnungen gehabt, das sind auch diese Sätze, welche dort enthalten sind. Also dann erreicht man einen Betrag von CHF 5'000 – CHF 8'000. Mein Vorschlag wäre, ich würde den Antrag ergänzen mit dem Satz: Es wird hierzu ein Kostendach von CHF 10'000 gesetzt, in diesem Verpflichtungskredit haben wir Platz für solche Honorare.

Betreffend dem Hinweis von Peter Stucki, dass Werner Huber jetzt schon involviert ist: Ich würde Werner Huber als Extern betrachten, bzw. wenn der Gemeinderat der Meinung ist, er hat die Kompetenz und er hat die Erfahrung, wie man mit einer solchen Abrechnung umgeht, so sehe ich dies als machbaren Weg in diesem Sinn. Es ist nicht per se Bau und Planung mit der Unterbesetzung, sondern es wäre eine Verstärkung durch Werner Huber, welcher das macht. Dies als Ergänzung zu den Anträgen.

Christoph Villiger: Mittlerweile ist noch Kim Grab zu uns gestossen. Wir sind nun 35 anwesende vereidigte Wohnerräte und Wohnerrätinnen. Das absolute Mehr beträgt 18.

Wir sehen auf dem Schirm die beiden Anträge; den Antrag der Gemeinde und den Antrag der Fraktion Die Mitte. Wie gesagt, wir werden zuerst darüber abstimmen, welchen Antrag wir präferieren wollen. In einem zweiten Schritt werden wir dann über den Antrag selber noch abstimmen. In einem weiteren Schritt wird noch über den Antrag von Christian Buser abgestimmt.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmungen

Antrag Gemeinderat: Der Verpflichtungskredit für die anteiligen Kosten an die Erschliessung der Bauparzellen "Häfelerhau" über eine Summe von CHF 515'060 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) wird genehmigt.

Der Antrag des Gemeinderats wird mit 12 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Antrag der Fraktion Die Mitte: Der Antrag des Gemeinderates sei zu korrigieren mit den drei Punkten A - C.

Antrag A: Der Verpflichtungskredit von CHF 306'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Erschliessung der Bauparzellen Häfelerhau wird bewilligt.

Antrag B: Der Verpflichtungskredit von CHF 54'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Wasserleitungen der Bauparzelle Häfelerhau wird bewilligt.

Antrag C: Der Verpflichtungskredit von CHF 78'000 inkl. MwSt. (Preisstand Oktober 2023) für die Abwasserleitungen wird bewilligt.

Der Antrag der Mitte wird mit 21 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Antrag der Mitte wird mit 32 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Antrag von Christian Buser: Der Gemeinderat wird verpflichtet, ein unabhängiges Planungsbüro zur beauftragen, welches die Abrechnungen inkl. die Ausmasse für die Erschliessung des Baugebietes Häfelerhau detailliert zu prüfen und zu kommentieren hat. Es wird dafür ein Kostendach von CHF 10'000 gesetzt.

Der Antrag von Christian Buser wird mit 33 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

4 2023/21 Motion GLP betreffend Reporting Bau und Planung / Der Gemeinderat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen

Eintreten nicht bestritten

Christoph Villiger, Präsident: Ich lese den Motionstext vor: Im Rahmen der Oberaufsicht über die Gemeindeverwaltung (Gemeindeordnung § 38, 20) soll der Gemeinderat die Ausarbei-

tung und Umsetzung eines öffentlichen, vierteljährlichen Reports mit aussagekräftigen Kennzahlen, aktuellen Herausforderungen und strategischen sowie operativen Massnahmen zur Verbesserung der Situation in der Abteilung Bau und Planung realisieren.

Der Report soll die Bereiche Personal, Projekte und Aufgaben, Finanzen sowie die Organisation umfassen und über mehrere Perioden vergleichbar sein. Der Report soll während zwei Jahren erstellt werden und nach Beschluss des Einwohnerrats um zwei weitere Jahre verlängert werden können.

David Wick: Ich wollte eigentlich so anfangen, dass ich kürzlich im Bundeshaus war und mir dann beim Nationalrat erklärt worden ist, dass bei diesen Debatten, welche im Fernsehen live übertragen werden und man das Gefühl hat, da wird jetzt wirklich entschieden. Dabei ist es so, dass 98 % der Leute schon wissen, was sie wählen. Also noch 2 % lassen sich umstimmen. Im Ständerat sind es, glaube ich, etwa 10 %, welche noch wanken. Ich habe das dann auf unsere Anzahl heruntergerechnet. Ich glaube, wir sind eher mit dem Nationalrat vergleichbar. Das wäre jetzt am Schluss noch eine Person, welche ich dafür votieren würde. Dann muss man sich aber noch fragen, ob sich das lohnt. Ich bin aber einmal optimistisch. Ich habe allerdings das Gefühl, jetzt, mit dieser Thematik, welche hier im Vorgang diskutiert worden ist, könnte diese Zahl etwas grösser sein als nur eine Person.

Wir sind schon mittendrin. Es gibt Lösungen für alles. Das ist einmal positiv. Die Frage ist nur, wie wir zu dieser Lösung kommen, wie dieser Pfad aussieht und wie lange der Weg dauert. Das heisst, die Abteilung Bau und Planung, wird irgendwann einmal wieder effizient funktionieren, wird voll besetzt sein und ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllen können. Die Frage ist nur, wann. Jetzt kann man sagen, jetzt haben wir die FKO, jetzt haben wir mit dem Gemeinderat die Tiefenprüfung angeordnet. Sie ist jetzt aufgegleist, das wird jetzt kommen. Da kann man sagen, das ist es, da lehnt man sich nun zurück, damit ist es erledigt. Da werden sicher auch gewisse Sachen hervorkommen, vielleicht braucht es mehr Stellenprozente, obwohl man ja einmal die besetzen kann, die jetzt schon vorhanden wären. Vielleicht braucht es eine Reorganisation usw. Wir glauben, es braucht im Anschluss daran vor allem viel Durchhaltewillen, auch viel Kreativität, viel Innovation, viel Mut bis zu einem gewissen Grad, um diesen Wandel, welcher durch die Tiefenprüfung angestossen wird, auch umsetzen zu können, um dies realisieren zu können. Das bringt uns eigentlich zu unserer Motion, zu unserem Vorstoss von einem solch regelmässig erscheinenden öffentlichen Bericht. In der Unternehmenswelt ist es üblich, dass die Unternehmen, zumindest in gut geführte Unternehmen, wissen, woran sie sind. Sie kennen ihre Herausforderungen und sie können laufend darauf reagieren. Sie können mit Massnahmen darauf reagieren und man weiss, wie man darauf reagiert. Dies soll bei uns auch so sein. Es soll bei dieser Abteilung, welche seit Jahren kämpft, auch so sein, dass wir wissen, dass die Öffentlichkeit auch weiss, welche konkrete Massnahmen es sind. Wenn natürlich alle drei Monate die gleichen Herausforderungen enthalten sind und die gleichen Massnahmen zu treffen sind, dann wissen wir, es ist vielleicht etwas mehr Druck angesagt und dann macht der Bericht tatsächlich wahrscheinlich auch einen gewissen Druck. Wir sagen, das ist in diesem Fall okay. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Verantwortlichen, also der Gemeinderat, aber auch die Abteilungsleitung, ihr Bestes gibt und engagiert und aktiv daran herangeht und darum das gar nicht der Fall sein wird. Aus diesem Grund ist es eigentlich etwas Positives, was mit dem Bericht herauskommt.

Da sind wir schon beim zweiten und wahrscheinlich wichtigsten Punkt: Wir sind der Meinung, es braucht ein starkes Signal, eine starke Nachricht an die Öffentlichkeit, an uns und auch an die Verwaltung, dass man erkannt hat, dass dies ein Problem ist und man es angehen möchte und man es so oder ebenso angehen und lösen möchte.

Wir wollen wegkommen von hinter verschlossenen Türen gefassten Massnahmen, die vielleicht umgesetzt werden, vielleicht auch nicht, hin zu einer transparenten, offenen und ehrlichen Kommunikation und eigentlich durch unsere Motion zum Kommunikationswandel anstossen. Ich glaube, diese Wirkung, welche hiermit an die Öffentlichkeit gesendet wird, ist

nicht, dass unser Ruf zusätzlich geschädigt wird, sondern im Gegenteil. Ich glaube, damit können wir das Vertrauen aufbauen, dass man den Wandel wirklich angehen möchte. Damit kann man ein Signal an potentielle zukünftige Arbeitnehmende senden und ich glaube, das ist die Basis für das Vertrauen, welches die Gemeinde oder zumindest diese Abteilung im Moment braucht und an die Öffentlichkeit getragen werden muss.

Ich glaube, heute wäre der Zeitpunkt, um den Mut zu fassen, dass wir uns an das Herz greifen und sagen, jetzt können wir darüber abstimmen. Die Wogen gehen nicht zu hoch, wir haben es gerade vorher gesehen bei diesem Thema. Jetzt wäre der Zeitpunkt, um das Votum zu ergreifen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: David Wick verlangt ein öffentliches quartalsmässiges Reporting über die Abteilung Bau und Planung. Auch der Gemeinderat sieht, dass die gegenwärtige Situation nicht einfach ist, aber wir sind nicht bereit, diese Motion entgegenzunehmen und wir beantragen dem Einwohnerrat, diese Motion nicht zu überweisen.

Auf die verschiedenen, mehr oder weniger versteckten Vorwürfe werde ich im Anschluss noch eingehen. Ich komme zuerst einmal zu meinen wichtigsten Punkten, zur Begründung des Gemeinderats:

Wirksamkeit

Die Situation bei der Abteilung Bau und Planung ist eine Herausforderung. Dies ist nicht neu. Die Gemeinde Obersiggenthal ist damit auch nicht allein. Zur Bewältigung der anfallenden Aufgaben sind externe Personen beigezogen worden, damit das Alltagsgeschäft ordnungsgemäss abgewickelt werden kann. Um zu prüfen, ob in dieser Abteilung organisatorische Massnahmen ergriffen werden müssen, ist jetzt BDO mit einer Prüfung beauftragt worden. Wir wollen zielgerichtet Abhilfe schaffen, dies hat die Verwaltung und dies hat der Gemeinderat bereits schon mehrfach bewiesen. Wir haben eine Verwaltungsanalyse durchgeführt. Wir haben im vergangenen Jahr darüber gesprochen. Wir sind vom Einwohnerrat unterstützt worden. Wir haben eine Neuorganisation vorgenommen, welche jetzt am Laufen ist. Bei dieser Überprüfung der BDO soll die Organisation, die Arbeitsabläufe, die Aufgabenzuteilungen und Ressourcen geprüft werden. Wenn es Handlungsbedarf gibt, wird der Gemeinderat die notwendigen Massnahmen ergreifen. Bei Budgetrelevanz wird der Einwohnerrat eingebunden.

Transparenz

Es ist gesagt worden, gut geführte Unternehmen wissen, woran sie sind. Die Gemeinde hat ebenfalls ein Reporting eingeführt. Wir haben quartalsmässige Berichte, granular verfasste Reportings. Wir können Massnahmen ergreifen. Mit Verlaub, aber der Einwohnerrat kann diese Verwaltung nicht führen, dieser kann keine konkreten Massnahmen ergreifen. Wir sind der Meinung, dass mit einer Analyse und der anschliessenden Umsetzung von empfohlenen Massnahmen am ehesten eine Beruhigung der Situation herangeführt werden kann. Wir möchten das selber selbstverständlich auch. Was aber aus Sicht des Gemeinderates nichts nützt, ist es, diese Abteilung mit einem zusätzlichen Reporting mit zusätzlichen Kennzahlen zu beschäftigen, weil es nicht der Gemeinderat ist, welcher das Reporting erstellen muss. Dafür ist die Verwaltung wieder in der Pflicht, um die entsprechenden Grundlagen bereitzustellen. Die Verwaltung muss sich auch überlegen, was überhaupt "reportet" werden soll. Wie ich bereits gesagt habe, die Mitarbeitenden sind bereits heute mit der Bewältigung des normalen Tagesgeschäfts ressourcenmässig gefordert. Wir haben zusätzliche Unterstützung angefordert und wir sind jetzt daran, neue Leute einzuarbeiten. Wenn wir nun ein solches Reporting wirklich umsetzen müssen, dann erleichtert dies die Situation für unsere Mitarbeitenden nicht. Allein mit einem Reporting ist noch kaum je ein Problem gelöst. Im Gegenteil, das Bekanntwerden einer Reportingpflicht, welche öffentlich im Einwohnerrat erfolgt und man nachher in der Presse lesen kann, kann die Stellenbesetzung weiter erschweren.

Stufengerechtigkeit

Der Motionär beruft sich für sein Begehren auf §38, Abs. 20, der Gemeindeverordnung. Es ist so, dass diese Bestimmung dem Einwohnerrat die Oberaufsicht über die Verwaltung einräumt. Was heisst dies nun? Das bedeutet ganz grundsätzlich, dass der Einwohnerrat gewisse Auskünfte über die Verwaltungstätigkeit verlangen kann, aber er hat nicht die direkte Aufsicht über die Verwaltung. Eine Konkretisierung dieser Oberaufsicht ist beispielsweise der jährliche Rechenschaftsbericht zuhanden des Einwohnerrates. Er wird ja auch in der Gemeindeordnung separat erwähnt. Er zeigt etwa auf, auf welcher Flughöhe und von welcher Granularität in einer solchen Oberaufsicht die Rede ist, inwiefern wir überhaupt Auskunft geben dürfen. Der Einwohnerrat kann danach anschliessend nur Empfehlungen aussprechen. Demgegenüber steht dem Gemeinderat die direkte Aufsicht zu. Er leitet die Verwaltung und ist mit der Weisungsbefugnis ausgestattet und kann direkt eingreifen. Bei einem Reporting im eigentlichen Sinne handelt es sich um ein Führungsinstrument. Das entsprechende Gremium, in welchem darin rapportiert wird, sollte auch über die rapportierten Angelegenheiten Entscheidungs- und Weisungsbefugnisse haben und sie sollten es durchsetzen können. Ein Reporting an den Einwohnerrat müsste also anders ausgestaltet sein, und zwar auch so, dass die Privat- und Geheimsphäre von Personen und Betrieben, welche mit unserer Verwaltung in Berührung kommen, gewahrt bleibt. Ebenfalls geschützt werden müssen die Persönlichkeitsrechte der Mitarbeitenden. Wir haben relativ kleine Abteilungen. Wenn jetzt eine Person krank wird oder wenn eine Person in die Ferien geht, hat das sofort Auswirkungen, z.B. auf die Anzahl erledigter Dossiers. Man sieht dann zwar eine Zahl, welche tiefer ist, aber wir können Ihnen ja gar nicht sagen, was der Grund ist. Ich darf Ihnen nicht sagen, Herr Meier ist krank, Frau Huber ist in den Ferien. Das geht den Einwohnerrat, mit Verlaub, eher weniger an. Das ist eine persönliche Angelegenheit des Mitarbeitenden. Aus diesem Beispiel sieht man auch, dass die Zahlen immer interpretiert werden müssen. Hinter nackten Zahlen, rapportierten Zahlen, stecken regelmässig Gründe, welche wir aber nicht offenlegen dürfen. Auch z.B. der Punkt "Projekte", die Investoren wären nicht unbedingt begeistert, wenn wir hier dem Einwohnerrat offenlegen würden, welche Projekte überall laufen, auf welchen Grundstücken etc. Dies ist wirklich eine eher komplizierte Sache. Ein Reporting in diesem Detaillierungsgrad, wie es dem Motionär vorschwebt, dürfen wir also nicht vorlegen. Umso herausfordernder ist dann aber auch eine Entwicklung eines Reportings, welches zulässig wäre. Aber ich denke mir, wir wissen alle, es ist absehbar, dass ein solch zulässiges Reporting wahrscheinlich nicht unbedingt die Erwartungen eines Einwohnerrates treffen würde.

Bitte fragen Sie sich also, bevor Sie abstimmen: Kann mit dem geforderten Reporting die Situation bei der Abteilung Bau und Planung effektiv verbessert werden? Ist das geforderte Reporting stufengerecht bzw. können Sie aus den zur Verfügung gestellten Informationen auch die richtigen Schlüsse ziehen und Massnahmen ergreifen oder empfehlen? Werden mit dem geforderten Reporting wesentliche Ressourcen der Abteilung vom Tagesgeschäft absorbiert?

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass der Gemeinderat nicht grundsätzlich dagegen ist, Anfragen aus dem Einwohnerrat zur Verwaltung zu beantworten. Dies haben wir in der Vergangenheit auch schon mehrfach gemacht und ich denke mir, wir haben es auch ziemlich ausführlich gemacht. Was wir jedoch nicht möchten, ist die Einführung eines regelmässigen Reportings an jeder Einwohnerratssitzung über eine bestimmte Abteilung. Ein solches wäre, abgesehen davon, auch aus der Abfolge der terminlichen Vorgaben betreffend dem Reporting, Zeitraum, Erstellung, Verabschiedung und Traktandierung für die nächste Einwohnerratssitzung kaum je wirklich aktuell und im Zeitpunkt der Vorlage schon wieder überholt. In diesem Sinne appelliert der Gemeinderat an den gesunden Menschenverstand und wir beantragen die Ablehnung der Überweisung.

Andreas Leupin: Die FDP-Fraktion stimmt zwar der Beurteilung der GLP-Fraktion in der Begründung zu ihrer Motion zu, dass die absolut unbefriedigende Situation in der Abteilung Bau und Planung, welche der Gemeinde vorliegt. Erachtet aber das im Motionstext geforderte Reporting als ungeeignetes Mittel, daran wirklich etwas zu ändern. Die Ressourcen, welche durch das geforderte vierteljährliche Reporting gebunden wäre, würde aus Sicht der FDP-Fraktion sinnvollerweise dafür eingesetzt, die unerfreuliche Situation insbesondere im Personalwesen

konkret zu verbessern, als darüber regelmässig Bericht zu erstatten. Wie der Gemeinderat gesagt hat, ändert eine reine Berichterstattung nichts an der Situation. Dass der Gemeinderat anlässlich der Einwohnerratssitzung regelmässig über die Situation in der Abteilung Bau und Planung und die Auswirkungen auf Projekte informiert, ist für die FDP-Fraktion eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es diese Motion aus Sicht der FDP-Fraktion nicht. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion die Sichtweise des Gemeinderats, diese Motion zurückzuweisen.

Ulrich Meier: Besten Dank, Frau Gemeindeammann, für die Darlegung der Gründe, welche der Gemeinderat dazu bewogen hat, diese Motion abzulehnen. Die Probleme in der Abteilung Bau und Planung sind seit langem bekannt und diverse Anstrengungen, bisher aber leider alle erfolglos, sind auch unternommen worden, um die Situation zu verbessern. An der letzten Einwohnerratssitzung ist darum auch auf Anregung des Gemeinderates und in Absprache mit der FKO die erwähnte Tiefenprüfung ins Budget 2024 aufgenommen worden. Es sollen also zusätzliche zielgerichtete Massnahmen vorgeschlagen werden. Die Mehrheit der Fraktion Die Mitte wird darum die Motion nicht überweisen. Im Vertrauen, dass sich aus dieser externen Beurteilung Lösungen ergeben werden.

Jacqueline Magni: Wir von der EVP-Fraktion unterstützen das Anliegen der Motion voll und ganz. Auch wir sind der Überzeugung, dass man hinschauen sollte, um zu analysieren, was es braucht, damit die Bauverwaltung ihren Auftrag erfüllen kann. Wir meinen jedoch, dass es das falsche Instrument dazu ist. So geben wir den Ball zurück an den Gemeinderat in der Erwartung, dass er weiter einfach die Rahmenbedingungen schafft, welche eine gute Zusammenarbeit innerhalb dieses Teams, aber auch innerhalb der ganzen Verwaltung ermöglicht und werden diese Motion ablehnen.

Tomas Nezel: Ich habe das Gefühl, es gibt hier ein Missverständnis. Ein Reporting ist nicht ein Reporting, was macht die Abteilung Bau und Planung jeden Tag im daily work, sondern der Auftrag ist, David Wick hat es schon gesagt, wir sind in einer schwierigen Situation und wir wollen in eine gute Situation. Wie kommen wir dorthin? Erwarten wir, dass was vom Gemeinderat kommt? Ok, wir versuchen es mit diesen Massnahmen. Wir erwarten das und das. In einem halben Jahr hören wir dann, ja, die Massnahmen haben leider nicht funktioniert aus diesen und jenen Gründen, deswegen machen wir die nächste Massnahme. Es geht um den Prozess, es geht nicht darum, was die Abteilung macht. Das andere ist, weshalb ist es uns wichtig, dass man das gegen aussen kommuniziert? Das Schlimmste ist Nicht-Kommunikation. Da geistern Gerüchte herum, man hat das Gefühl, da ist etwas seltsam in dieser Abteilung oder der Gemeinderat macht nichts. Es ist eine Gefahr. Ich finde, wenn man offensiv kommuniziert, doch, wir machen etwas, wir haben hier Massnahmen, schaut, wir versuchen es oder man könnte aufzeigen, wir sind leider mit dieser Massnahme gescheitert aus diesen und jenen Gründen. Wir versuchen nun einen anderen Weg. Dann ist dies offen, transparent, nichts Verücktes. Es muss auch nicht ein Riesenbericht sein. Es können ein paar Sätze sein, aber man teilt der Bevölkerung mit, was geht, dass man etwas macht. Das ist eigentlich alles.

Carol Demarmels: Wir anerkennen natürlich den Willen der GLP-Fraktion, etwas an dieser problematischen Situation zu verbessern. Sie schreiben ja im Vorstoss, sie wollen für die Verbesserung der Situation in der Abteilung Bau und Planung beitragen. Das Problem ist, wir sehen die Wirksamkeit nicht, wir sehen nicht, wie das ein Lösungsbeitrag sein soll an dieser Situation, eigentlich kann ich ganz vielem zustimmen, was Bettina Lutz Güttler bereits vorher schon gesagt hat. Wir haben dann auch nachgefragt, was soll denn da genau behoben werden? Du hast jetzt gerade gesagt, es geht eben nicht darum, die Arbeit dieser Abteilung zu erheben. Mir ist jedoch jetzt trotzdem nicht ganz klar, worum es genau geht. David Wick, Du hast mir zwei Beispiele genannt, beispielsweise wie lange es zur Bearbeitung eines Baugesuchs geht oder wie viele Bewerbungen auf eine Ausschreibung hineinkommen. Das sind zwei Kennzahlen. Da sehe ich nun wirklich nicht, was wir nachher damit machen. Wie soll das danach zu einer Verbesserung der Situation beitragen? Insbesondere, wenn es ein verordnetes Reporting ist. Also wenn man dem Gemeinderat auferlegt, Ihr müsst das jetzt erfassen, wenn sie selber eigentlich nicht sehen, dass dies zu einer Lösung beitragen soll.

Der Wunsch, welchen Du geäußert hast, nach einer Kommunikation, nach einer offenen Kommunikation, könnte aus meiner Sicht auch anders erfüllt werden. Nämlich, Peter Stucki hat aus seinem Empfinden immer wieder einmal im Rahmen der Einwohnerratssitzungen berichtet, wie die Situation ist. Dies könnte man sicher noch ausweiten oder man könnte vielleicht noch detaillierter berichten, dann wäre vielleicht auch dieses Bedürfnis ein wenig mehr befriedigt, welches Du im Moment noch genannt hast.

Das andere ist für uns die Mitarbeitenden-Situation. Wir können das sicher nicht abschliessend beurteilen, aber ich gehe jetzt einmal davon aus, sie werden nicht Freudensprünge machen, wenn wir diesen Vorstoss nun überweisen. Dies wird eine Zusatzbelastung sein. Das mit den Persönlichkeitsrechten etc. sehe ich jetzt nicht so, dass das ein Problem sein könnte aber es wird ein Zusatzaufwand sein, es wird ein Gefühl der Rechtfertigung erzeugen und das ist sicher nicht förderlich im Klima und auch nicht zur Findung von neuen Angestellten in der Abteilung Bau und Planung.

Das Letzte ist klar, es ist mehrfach gesagt worden, es ist vielleicht auch einfach der falsche Zeitpunkt. Die Tiefenprüfung steht an und vielleicht müsste man einfach das einmal abwarten. Dementsprechend werden wir das grossmehrheitlich ablehnen. Wir haben aber 10%, die Du vielleicht noch beeinflussen konntest. In welche Richtung, das erfährst Du noch.

Micha Jetzer: Die SVP-Fraktion Obersiggenthal sieht die Problematik bei der Abteilung Bau und Planung und ist mit der Situation ebenfalls unzufrieden. Daher unterstützen wir das Vorgehen des Gemeinderates in Bezug auf die Tiefenprüfung. Wir erhoffen uns, dass dadurch Massnahmen aus der Tiefenprüfung heraus abgeleitet werden und auch einfließen und sich die Situation spürbar beruhigt. Wissenlich, dass dies einfach eine gewisse Zeit braucht.

Alois Baumgartner: Heute ist der Zeitpunkt, unser Vertrauen in den Gemeinderat und die Verwaltung zu zeigen. Die bereits eingeleiteten Massnahmen sind meiner Meinung nach klar und zielführend, darum bitte ich Euch, diesen Antrag, die Motion, nicht zu überweisen.

Lukas Füglistler: Ich habe nichts aufgeschrieben, aber irgendwann haben wir im Jahr 2018 das Geschäftsleitungsmodell eingeführt. Ich denke, man müsste irgendwo vielleicht auf einer höheren Ebene einmal darüber fliegen, Fakt ist, dass im Moment das Vertrauen in die Abteilung Bau und Planung nicht da ist. Also man muss vielleicht vorausschicken, es sind Menschen, die dort arbeiten, welche, ich gehe davon aus, dass sie täglich ihr Bestes für die Gemeinde wollen. Aber die Abteilung ist im Moment führungslos. Wir haben das Parkierungsreglement, welches, ich denke, da rede ich auch im Namen der Bevölkerung, relativ deftig in einer Schiefelage hängt, das heisst, wir werden Mehrkosten haben. Wieso und warum es so weit gekommen ist, das müsste oder kann vielleicht dazu beitragen, dass es mit einem solchen Reporting hilft, solche Sachen zu verhindern oder solche Ereignisse zu verhindern. Ich glaube, die Motion ist nicht so aufgestellt, dass man dem Gemeinderat jetzt schon sagt, welche Reportingzahlen erwartet werden. Ich denke, man gibt dem Gemeinderat freie Hand und er darf selber entscheiden, was genau reportet wird. Ich glaube nicht, dass es darum geht, dass man hier einen Papiertiger aufstellen muss und dass man hier die Verwaltung piesacken muss mit Zusatzaufwänden, welche am Schluss effektiv nichts bringen. Aber Fakt ist, dass das Vertrauen im Moment nicht da ist. Die Frage ist, wie können wir das Vertrauen wiederherstellen. Wie bringen wir es hin, bei uns auf der Gemeinde in der Abteilung Bau und Planung eine Führungsfunktion zu übernehmen, bei welcher der Gemeinderat Vertrauen hinabgeben kann und die Verwaltung Vertrauen hinaufgeben kann und am Schluss wir als Einwohnerräte, welche zuständig sind. Wir sind gewählte Volksvertreter, wir möchten wissen, was auf dieser Abteilung los ist oder was läuft. Ich spüre im Moment praktisch nichts, ein toter Hund. Also ich hoffe, dass die Tiefenprüfung sicher etwas bringt. Ich wehre mich aber auch nicht gegen eine Überweisung von dieser Motion. Es ist ein Weg, ein neuer Weg, den man versuchen kann. Wenn man sich jetzt entscheidet: "Nein wir wollen das nicht", dann ist das ein Entscheid, aber es würde vielleicht ein wenig Vertrauen geben.

David Wick: Ich möchte hier noch schnell bei Carol Demarmels und Lukas Füglistner anknüpfen. Das Vertrauen lässt sich eben auch nicht verordnen, genauso wie sich ein Kommunikationswandel nicht verordnen lässt, lässt sich auch das Vertrauen nicht verordnen und ich glaube, das wäre wirklich ein starkes Signal oder jetzt eine Chance, dieses Signal gegen ausen zu schicken, dass man Transparenz und Arbeitsstolz hat. Man ist stolz auf die Arbeit, die man macht. Man steht dazu und trägt das hinaus. Das wäre der Anfang eines Wandels. Und es ist ein Versuch, es ist ein Experiment. Wir können jetzt auch nicht sagen, ob es tatsächlich funktioniert.

Daniel Jenni: Ich bin der Meinung, wir sind als Einwohnerrat primär eine Legislative und wir haben nicht unbedingt eine Exekutivfunktion. Punkt 1: Wir sollten bei den täglichen Geschäften darauf schauen, aber wir müssen uns nicht unbedingt überall immer einmischen. Punkt 2: Die BDO läuft tatsächlich im Moment und ich finde, man kann dies wirklich einmal laufen lassen und schauen, was kommt aus diesem heraus. Also wir müssen jetzt nicht noch einmal ein Instrument daraufstellen. Darum denke ich, ist diese Motion überflüssig.

—
Keine weiteren Wortmeldungen
—

Abstimmung:

Motion GLP betreffend Reporting Bau und Planung

Die Motion GLP wird mit 7 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

5 2023/22 Anschaffung Notstromaggregate Grundwasserpumpwerk Aesch und Reservoir Grüt - Verpflichtungskredit

Eintreten nicht bestritten
—

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Im Zug der drohenden Strommangellage im letzten Jahr mit rollierenden Stromabschaltungen hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich unter anderem mit der Frage der Versorgung von Trinkwasser und mit der Sicherung einer Löschwasserreserve auseinandergesetzt hat. Das Risiko von Stromausfällen ist heute aufgrund der technischen Begebenheiten generell höher einzuschätzen als noch vor ein paar Jahren. Das hat mit den immer öfter auftretenden Netzschwankungen und mit den zunehmenden Elementarereignissen zu tun. Nicht zuletzt wegen der Klimaerwärmung. Wir sind in der glücklichen Lage, mit dem Grundwasserpumpwerk Aesch über qualitativ hochwertiges Trinkwasser zu verfügen. Dies wird in die verschiedenen höhergelegenen Reservoirs gepumpt. Von dort gelangt es dann mittels Schwerkraft in die Betriebe und Haushaltungen von Obersiggenthal. Die Wasserversorgung Obersiggenthal hat zwei Höhenzonen. Zuerst wird das Wasser in das Reservoir Kirchdorf gepumpt oder in das Reservoir Grüt und von dort weiter abwechslungsweise hinauf in das Reservoir Stieg, welches oberhalb des Bändler ist. So können auch die oberen Haushalte mit Frischwasser versorgt werden. Im Fall eines Stromausfalls hätte die Gemeinde noch so lange Wasser, bis die Pegelstände in den Reservoirs die Löschwasserreserven erreichen. Das sind die Vorgaben vom AGV, damit im Brandfall der Brand auch gelöscht werden könnte. Sobald die Löschwasserreserve erreicht ist, wird die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung gekappt. Im Normalbetrieb werden die Reservoirs in der Nacht gefüllt und das Wasser reicht je nach dem etwa für 24 Std., bis in der nächsten Nacht die Pumpen wieder anspringen.

Im letzten Sommer hat die Arbeitsgruppe, welche ich vorher erwähnt habe, für das Pumpwerk Aesch und das Reservoir Grüt die Miete von Notstromaggregate für diesen Winter in die Wege geleitet. So kann über das Reservoir Grüt, dann das Reservoir Stieg ebenfalls bedient werden. Die Pumpen laufen parallel, damit auch innerhalb von nützlicher Frist dann das Wasser vorliegt.

Wir haben gestern die Notstromaggregate erhalten, zusammen mit der ganzen Installation. Da braucht es auch Kabel und weitere Einrichtungen dazu. Die Miete ab jetzt bis im März 2024 beläuft sich auf rund CHF 62'000. Jetzt kann man sich natürlich die Frage stellen, ob das Pumpwerk Aesch nicht auch von der EGS mit der nötigen Energie versorgt werden könnte, weil das EGS ein Notstromaggregat hat. Dazu muss man wissen, dass der Start der Pumpen im Aesch relativ viel Startenergie braucht. Dafür muss man sich vor Augen halten, dass diese Pumpen das Wasser aus den gesamten Leitungen in die Reservoirs hinaufdrücken muss und das braucht entsprechend viel Energie. Eine solch hohe Leistung ist vom Notstromaggregat der EGS nicht zu erwarten. Gleichfalls könnte man sich die Frage stellen, ob nicht auch eine dauerhafte Aufstellung eines Notstromaggregates beim Pumpwerk Aesch direkt sinnvoller wäre. Zugegebenermassen wäre dies wirklich eine einfachere Lösung, leider erlaubt aber der Kanton Aargau das dauerhafte Aufstellen eines Notstromaggregates in der Grundwasserschutzzone nicht. Hingegen darf bei einem Stromausfall ein Notstromaggregat dort temporär aufgestellt werden. Wegen seinem Gewichts brauchen wir dafür auch noch einen Wagen, bei welchem man dies fix darauf installieren kann. Ausserdem möchte ich noch erwähnen, dass mit der Sanierung dieses Pumpwerks in Aesch die Anschaffung eines Notstromaggregats ohnehin vorgesehen wäre, es handelt sich also sozusagen um eine vorgezogene Investition mittels Budgetkredit. In diesem Sinne stelle ich im Namen des Gemeinderates den Antrag, der Verpflichtungskredit (Budgetkredit) von CHF 160'000 inkl. Mwst. für die Anschaffung von zwei Notstromaggregaten für das Grundwasserpumpwerk Aesch und das Reservoir Grüt mit dazugehörigem Occasions-Anhänger, sei zu bewilligen.

Erich Schmid: Die Konsequenzen bei einem Ausfall der Wasserversorgung mit dem Herzstück Aesch ist wohl allen bewusst. Deshalb gab dieses Geschäft bei der Fraktion Die Mitte keine langen Diskussionen. Ein Ausfall der Stromversorgung, kurzfristige oder auch über mehrere Tage oder noch länger, wurde vor einem Jahr intensiv in aller Munden diskutiert. In diesem Jahr waren die entsprechenden Diskussionen zwar nicht mehr so prominent, bislang. Die Lage hat sich aber grundsätzlich nicht geändert. Was allen klar sein dürfte ist, dass wenn ein Ausfall stattfinden sollte, alle nach Notstromaggregaten oder Zisternenwagen schreien werden und dass in einer solchen Situation auf jeden Fall ein Mangel an diesen Geräten vorliegen wird. Wir tun deshalb gut daran, hier eine relativ günstige Option für den sicheren Betrieb der Wasserversorgung wahrzunehmen.

Wir werden deshalb dem Kredit einstimmig zustimmen.

Tomas Nezel: Wir haben auch nicht so viel zu sagen, wir danken aber speziell der Wasserkommission für die ausführliche Stellungnahme. Die aufgeführten Argumente sind überzeugend und deswegen wird die GLP-Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmen.

Hanne Rigter: Auch von unserer Seite kurz und knapp. Die SP-Fraktion erkennt auch die Wichtigkeit der Beschaffung von Notstromaggregaten für die Versorgungssicherheit der Gemeindebevölkerung an und in Anbetracht von Mietpreis und Kaufpreis, welche wieder im Verhältnis stehen, nehmen wir diesen Antrag einstimmig an.

Davorka Oluic: Man kann sich fragen, ob man bei einem solch längeren Stromausfall über mehrere Tag ganz andere Probleme hätte als das Wasser, aber letztlich ist das Wasser Teil des Service Publics und die Notstromaggregate sind schon seit längerem zum Ersetzen vorgesehen, darum beschliesst die FDP-Fraktion ebenfalls, dem Antrag zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung:

Antrag Gemeinderat: Der Verpflichtungskredit (Budgetkredit) von CHF 160'000 inkl. MwSt. für die Anschaffung von zwei Notstromaggregaten für das Grundwasserpumpwerk Aesch und das Reservoir Grüt mit dazugehörigem Occasions-Anhänger wird bewilligt.

Der Antrag des Gemeinderats wird einstimmig angenommen.

- 6 2023/23 Wahlen 2. Hälfte Amtsperiode 2022/25**
- **Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates**
 - **Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates**
 - **Wahl von 2 Stimmzähler/innen des Einwohnerrates**
 - **Wahl des Präsidenten/der Präsidentin der Finanzkommission**

Eintreten nicht bestritten.

Christoph Villiger, Präsident: Generelle Information zum Voraus: Bei den Wahlgeschäften braucht es das absolute Mehr in einem ersten Wahlgang, im zweiten Wahlgang ist das relative Mehr schlussendlich massgebend. In der Regel gibt es noch einen Gelobungssatz am Schluss. Ich würde nach allen Wahlen alle Gewählten kurz nach vorne beten, dann können wir das Gelöbnis durchführen. Die Kandidaten können sich jetzt schon geistig vorbereiten.

Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates

Christoph Villiger, Präsident: Wir haben eine Kandidatin, Mara Jenni, bestens bekannt, bisherige Vizepräsidentin. Ich würde gerne der SP-Fraktion die Gelegenheit geben, die Kandidatin noch etwas näher vorzustellen.

Mia Jenni: Das mache ich sehr gern. Es ist mir eine grosse Freude und Ehre, Mara Jenni vorzustellen und ich bitte Sie auch um Unterstützung der Kandidatur des Ratspräsidiums. Mara Jenni ist seit 2019 Teil der SP-Fraktion und seit dann ist sie ein tat- und wirkkräftiges Mitglied unseres Trüppchens. Ihre strukturierte und präzise Arbeitsweise zeichnet Mara Jenni aus, das hat sie bereits in diversen vergangenen Jobs auch unter Beweis stellen können. Sie war jahrelang immer wieder Tutorin von diversen Geschichtsprofessor/innen und hat durch Seminarstunden geführt und als Geschäftsleiterin des Reporter/innen-Forums Schweiz hat sie regelmässig Anlässe organisiert und die Verteilung des jährlichen Reporter/innen Preises koordiniert. Daneben darf man übrigens heute, wenn sie gewählt ist, Mara Jenni doppelt gratulieren, weil sie vor ein paar Tagen ihre Masterarbeit abgegeben hat und darf sich wohl bald Historikerin MA nennen. Deshalb, von Herzen gern darf ich Euch heute Mara Jenni als redegewandtes, strukturiertes und organisiert-begabtes Fraktionsmitglied zur Wahl empfehlen und bedanke mich jetzt schon herzlich für die Unterstützung.

Christoph Villiger, Präsident: Der Vollständigkeit halber frage ich noch, ob es noch weitere Kandidaten gibt, welche bis jetzt nicht aufgetreten sind? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht jemand eine geheime Wahl? Dann müsste er das jetzt bezeugen, weil wir ansonsten eine offene Wahl machen würden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung:

Wahl des Präsidenten des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2024/2025

Mara Jenni, SP-Fraktion, ist einstimmig gewählt.

Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Christoph Villiger, Präsident: Als Kandidat hat sich **Christian Buser** zur Verfügung gestellt. Ich möchte auch hier den Parteien Gelegenheit geben, ihn kurz vorzustellen.

Daniel Jenni: Gerne möchte ich seitens der Fraktion Die Mitte Christian Buser als Vizepräsident für den Einwohnerrat der Gemeinde Obersiggenthal für die Wahl der beiden nächsten Jahre vorschlagen. Christian Buser lebt mit seiner Familie seit 2012 in Nussbaumen, wo er auch schon aufgewachsen ist. Dann ist er etwas umhergezogen, aber wieder zurückgekommen. Er hat ein Geographiestudium mit Dissertation an der ETH Zürich hinter sich sowie ein EMBA an der Uni St. Gallen. Er arbeitet seit 2019 als Leiter des Bereichs Umwelt und Nachhaltigkeit in der Geschäftsleitung bei der AFRY Schweiz, dies ist eines der grössten Ingenieur-Büros. Seit sechs Jahren ist Christian Buser sowohl im Einwohnerrat als auch in der Wasserkommission der Gemeinde Obersiggenthal. Seit zwei Jahren präsidiert er die Wasserkommission. Ebenfalls seit zwei Jahren ist er Fraktionspräsident von uns und leitet uns durch die Geschäfte. Ausserdem hat er 2022 eines oder das grosse Pfadi-Bundeslager im Wallis mitorganisiert. Er hat also viele Talente und darum denken wir, dass er alle Voraussetzungen und Erfahrungen mitbringt, um diese Stelle als Vizepräsident ausfüllen zu können. Wir empfehlen ihn einstimmig zur Wahl.

Christoph Villiger, Präsident: Dann frage ich auch jetzt, ob es noch Mitbewerber gibt für das Vizepräsidium? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht jemand eine geheime Wahl? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann stimmen wir offen ab.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung:

Wahl des Vizepräsidenten des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2024/2025

Christian Buser, die Fraktion Die Mitte, ist einstimmig gewählt.

Wahl von 2 Stimmzähler/innen des Einwohnerrates

Christoph Villiger, Präsident: Wir haben zwei Kandidaturen. Bis vor einer halben Stunde war es nur eine Kandidatur. Jetzt sind es zwei Kandidaturen. Wir haben zum einen Ute Deters-Evers von der SP-Fraktion und zum anderen hat sich Ursula Spinnler von der FDP-Fraktion zur Verfügung gestellt. Sie möchte es unbedingt noch einmal machen. Sie hat darauf hingewiesen, dass sie nicht als Sesselkleberin bezeichnet werden möchte. Ich möchte der SP-Fraktion zuerst die Gelegenheit geben, Ute Deters-Evers einmal kurz vorzustellen, vielleicht mit zwei, drei Sätzen.

Mia Jenni: Da habe ich mir keine Notizen gemacht, aber ich kann es sehr kurzhalten. Ute Deters-Evers ist seit kurzem bei uns Fraktionsmitglied und ist von Anfang an sehr fest durch ihr Engagement aufgefallen und durch die Übernahme von sehr vielen Aufgaben. Sie hat sich auch, als wir gefragt haben, wer das Stimmzählen übernehmen möchte, sofort gemeldet.

Sie würde sehr gerne dort vorne Platz nehmen und helfen, quasi das Ratsgeschäft jeweils am Abend, schnell über die Bühne zu bringen.

Christoph Villiger, Präsident: Dann möchte ich auch noch der FDP-Fraktion Gelegenheit geben, Ursula Spinnler vorzustellen, wer sie noch nicht kennt. Möchte jemand zwei, drei Worte sagen?

Christian Blum: Wir haben einen grossen Fehler gemacht. Wir haben ein Abschiedsgeschenk organisiert für Ursula Spinnler. Wir würden sie natürlich nicht als Sesselkleberin bezeichnen und bedanken uns, dass sie eingesprungen ist.

Christoph Villiger, Präsident: Gibt es noch weitere Kandidaten im Raum für dieses Amt, die sich zur Verfügung stellen möchten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Möchte jemand eine geheime Wahl? Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung:

Wahl von 2 Stimmenzähler/innen des Einwohnerrates

Ute Defers-Evers, SP-Fraktion, wird einstimmig gewählt.

Ursula Spinnler, FDP-Fraktion, wird einstimmig gewählt.

Wahl des Präsidenten/ der Präsidentin der Finanzkommission

Christoph Villiger, Präsident: Hier haben wir die Kandidatur von Anand Keshava, er war bisher bereits FIKO-Präsident. Ich könnte der GLP-Fraktion jetzt noch den Ball zuwerfen, um dich vorzustellen, aber ich glaube, wir kennen dich alle gut genug, du warst die letzten zwei Jahre bereits im Einwohnerrat. Gibt es noch weitere Kandidaten, welche auf diese Funktion aspirieren? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht jemand eine geheime Wahl? Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmung:

Wahl des Präsidenten der Finanzkommission für die nächsten zwei Jahre für die Amtsperiode 2024/2025

Anand Keshava, GLP-Fraktion wird einstimmig gewählt.

Christoph Villiger, Präsident: Ich bitte die gewählten Personen nach vorne. Ich lese einen Satz vor. Am Schluss sagt Ihr: Ich gelobe es. Ich gelobe zum Wohl der Gemeinschaft und damit der Gemeinde Obersiggenthal Verfassung und Gesetz zu befolgen sowie die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Alle neu gewählten Personen: "Ich gelobe es".

7 2023/24 Wahl Mitglied Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/25

Christoph Villiger, Präsident: Wir haben, wie schon eingehend gesagt, den Rücktritt von Sandra Hehli per Ende Jahr. Das heisst, wir wollen die FIKO wiederbesetzen. Es ist so, dass am 01.01. hiermit 6 Mitglieder wären, davon sind 4 im Einwohnerrat, d.h. die Kandidaten, die sich jetzt aufgestellt haben, werden nicht Mitglieder im Einwohnerrat bleiben, da die Forderung der Mehrheit mit 4 Mitgliedern bereits erfüllt ist. Wir haben zwei Kandidaturen, welche eingegangen sind. Dies ist einerseits Rolf Dittmann von der GLP-Fraktion, andererseits Norma Blum, parteilos. Ich schlage vor, bevor wir nachher zur Wahl schreiten, dass ich noch etwas zum Ablauf der Wahl sage, weil wir mehr als eine Kandidatur haben. Für einen Sitz wird das eine geheime Wahl sein, d.h. Sie bekommen die Wahlzettel zum Abstimmen. Rolf Dittmann, ich würde gerne der GLP-Fraktion die Gelegenheit geben, Sie persönlich vorzustellen.

Tomas Nezel: Es ging darum, jemanden zu finden, weil es keine Kandidatur gab, darum haben wir in unseren Reihen noch einmal nachgehakt, wer sich hier zur Verfügung stellt. Rolf Dittmann kennen wir schon seit ein paar Jahren. Er ist Patentanwalt, selbständig und rechnen kann er sicher und seriös ist er sicher auch um einen super Job zu machen. Nun haben wir vernommen, es gibt eine zweite Kandidatur. Ich kann ihm jetzt nicht sagen, wir nehmen es zurück. Also wir lassen es so, wie es ist und er steht natürlich selbstverständlich zur Wahl zur Verfügung.

Christoph Villiger, Präsident: Wer möchte etwas über Norma Blum erzählen?

Ursula Spinner: Die FDP-Fraktion freut sich, die Kandidatur von Norma Blum, Tellestrasse 15, in Kirchdorf, parteilos, als Mitglied der FIKO vorstellen zu dürfen. Norma Blum ist die Frau von Christian Blum. Sie wohnen seit drei Jahren in Kirchdorf mit ihren drei Kindern. Norma Blum hat eine kaufmännische Ausbildung. Als Quereinsteigerin in der Telekommunikation hatte sie die Leitung des Billing-Teams von Colt Telecom AG in der Schweiz. Dies vor allem, weil sie ein Flair für Zahlen und Daten hat. Seit der Familiengründung arbeitet sie Teilzeit; seit 2013 bei der ABB als Assistentin und seit 2020 in der Auftragsbearbeitung inkl. Verrechnung. Privat steht ihre Familie im Zentrum. Sie näht gerne und im Sommer segelt sie mit ihrer Familie. Die FDP-Fraktion unterstützt die Kandidatur von Norma Blum, parteilos, einstimmig.

—
Keine weiteren Wortmeldungen
—

Abstimmung:

Wahl Mitglied Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/25

Norma Blum wird mit 31 Stimmen als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

8 2023/25 Umfrage

Esther Reimann: Ich möchte mich bedanken. So sieht das Postulat von hinten aus. Es freut mich sehr, dass wir 23 Unterschriften haben und falls noch jemand unterschreiben möchte, ich gebe es nachher ab. Ich danke euch vielmals. Mich freut es sehr, dass aus vielen Fraktionen eine solche Unterstützung für den Open Sunday zu spüren ist. Ich denke, es ist ein tolles Angebot. Dies haben nicht alle Kinder. Es ist gerade wieder eine Untersuchung herausgekommen mit 15-20 % Kindern, welche armutsbetroffen sind. Ich denke, ihr Sonntag ist nicht immer so schön, wie vielleicht von anderen Kindern, welche ein Wintersport oder Unternehmungen machen und ich denke, so eine offene Turn- und Sporthalle ist etwas Wertvolles im Winterhalbjahr für die Kinder. Ich freue mich sehr, dass dies so viele unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn es dann letztlich in das Budget kommt und möchte auch noch einmal betonen, dass der Kanton Aargau ja 40% daran zahlt, weil gemäss Schulgesetz § 67b solche Kinder- und Jugendangebote ausserschulisch gefördert werden. Ich denke mir, das ist eine Riesenchance.

Dies haben auch Nachbargemeinden und das finde ich spannend, z.B. Wettingen. Wir wissen ja, wie Wettingen verschuldet ist. Wir wissen, wie das Problem dort mit dem Budget immer ist, aber Open Sunday blieb immer darin und was mich jetzt überrascht, ist, dass sie sogar das MiniMove hineingenommen haben, das ist für 0 – 6-jährige Kinder. Dort zahlt der Kanton nichts. Dort gibt es keine 40 % Unterstützung. Das freut mich sehr. Auch noch ein spannendes Beispiel: Spreitenbach. Die machen es schon über 10 Jahre. Letzte Woche sind es 30 gewesen, ein solch schöner Wintersonntag und eine Woche früher waren es 112 und nochmals eine Woche vorher waren es 120. Also eigentlich offensichtlich ein grosses Bedürfnis und sie haben jetzt sogar sagen müssen, es können nur 90 kommen. Also, ich denke, das ist toll. Ich finde, jedes Kind, welches Gelegenheit hat, sich zu bewegen, eben eine Umgebung zu haben, bei welcher vielleicht am Sonntag eben nicht die elektronischen Medien im Vordergrund stehen, sondern Begegnungserfahrungen und in der Regel sind das Erfahrungen welche eben nicht einfach vor allem für die Augen taugen, sondern das Taktile, das Kinästhetische und die Möglichkeit für das Zusammensein. Wir haben ja unseren Leitsatz: Wir schaffen Begegnungsorte für den sozialen Austausch der Bevölkerung. Das haben wir ja in unserem ersten Teil gesehen. Dies wäre auch eine schöne Massnahme für die Primarschüler/innen, ein solcher Begegnungsort zu schaffen. Es würde mich sehr freuen, wenn uns das gelingt, dies ins Budget aufzunehmen.

Carol Demarmels: Ich habe meine Fragen vorher schriftlich eingereicht, falls Ihr über die Ausführlichkeit erstaunt seid. Es geht um die Musikschule. Vielleicht ein kurzes Vorwissen: Die Musikschule von Obersiggenthal ist an die Musikschule von Baden, Region Baden, angegliedert, d.h. wir buchen eigentlich die Musikschule über die zusammengelegte Musikschule. Bei allen umliegenden Gemeinden ausser Wettingen, da sie selber mit Neuenhof etwas zusammen gemacht haben. Ich würde gerne vom Gemeinderat wissen, ob es aus Sicht des Gemeinderates eine attraktive Bedingung für die Musikschule ist, also für den Musikunterricht? Wir reden hier von Klavier- und Flötenunterricht, aber natürlich auch von Chorangeboten etc. Ist das erstrebenswert für unsere Schüler/innen? Wenn ich auf der Seite der Musikschulen Region Baden nachschaue, dann sehe ich, dass die Eltern in Obersiggenthal für den Musikunterricht der Kinder signifikant mehr zahlen als in allen anderen umliegenden Gemeinden. Zwei Beispiele: 50 Minuten Einzelunterricht z.B. Primarschule, Klavier in Turgi, Gebenstorf, Baden, Ennetbaden, Birmenstorf CHF 1'336. In Untersiggenthal sogar "nur" CHF 1'069. In Obersiggenthal ist es aber CHF 1'438 oder der Gesang von Teenagern CHF 260 in allen erwähnten umliegenden Gemeinden, CHF 360 in Obersiggenthal. Fast 40% mehr. Viele andere Gemeinden subventionieren noch ein zweites Instrument mit. Obersiggenthal macht das nicht. Die Frage ist: Erachtet der Gemeinderat, dass es gerechtfertigt ist, dass Eltern in Obersiggenthal als einzige bei der Musikschule Baden teilnehmenden Gemeinden erhöhte Tarife hat? Weitere Fragen: Vor mehreren Jahren wurden sie angepasst. Wir waren auch einmal in einem anderen Tarif darin. Wir haben die Subventionen dann verringert. Man ging damals von einer befristeten Massnahme aus. Wie lange dauert die Befristung noch oder ist der Zeitpunkt gekommen, dass man sie

heute wieder korrigiert? Dann würde mich noch interessieren, was sagt eigentlich die Musikschule Region Baden dazu? Darf jede Gemeinde einfach selber wählen oder haben sie Vorstellungen, in welchem Bereich sich die Preise bewegen sollten, wenn die Gemeinden gern an ihrem Angebot teilhaben möchten?

Christian Keller, Gemeinderat: Die Musikschule ist auch bei mir im Bereich der Bildung angesiedelt, darum nehme ich gerne Stellung zu diesen Fragen.

Die Musikschule der Region Baden ist ein Zusammenschluss von mehreren Gemeinden. Zur Trägerschaft gehören neben Baden, Birmenstorf, Ennetbaden, Obersiggenthal und Gebenstorf und seit diesem Jahr neu noch Untersiggenthal und Turgi, weil die Musikschule Untersiggenthal-Turgi mit Blick auf die bevorstehende Fusion aufgelöst und in die Musikschule Region Baden integriert wurde. Wir sind also eine Gemeinde, welche in diesem Trägerverein angeschlossen ist. Der Trägerverein steuert die Musikschule. Es gibt ein Reglement, welches festlegt, wie der Instrumentalunterricht der Gemeinden zu subventionieren ist. Laut Reglement gibt es eine einheitliche Praxis. Sie besagt, dass mindestens 50 % von der Gemeinde getragen wird. Seit 2017 ist die Gemeinde Obersiggenthal in den Genuss eines reduzierten Subventionsatzes gekommen. Der Hintergrund ist, dass wir in einer sehr schwierigen Finanzsituation waren. Wir haben bei der Musikschule Region Baden beantragt, dass wir unseren Subventionsatz senken können. Er beträgt aktuell 45 %. Es wurde an der Vereinsversammlung 2016, welche jeweils im November stattfindet, bewilligt, dass wir ab 2017, befristet auf 5 Jahre, einen reduzierten Subventionsatz haben. Wir konnten das für das Jahr 2022 verlängern lassen und auch für das Jahr 2023 und wir haben auch den Antrag gestellt für das Jahr 2024. Dieser Antrag wurde von der Vereinsversammlung abgewiesen. Wir werden also ab nächstem Schuljahr wieder normal subventionieren, zum Satz von 50 %, wie die anderen Gemeinden auch. Wir haben damit gerechnet, dass wir das weiterhin mit einem reduzierten Satz machen können. Wir haben darum im Budget weniger eingestellt als es dafür nötig ist. Es wird daraus ein Defizit, eine Budgetüberschreitung resultieren. Das ist für den Moment alles. Konnte ich alle Fragen beantworten? Was ich nicht gesagt habe: Bei uns ist das gute Angebot der Musikschule Region Baden sehr wichtig. Wir wissen, dass wir ein breitgefächertes Angebot im Instrumentalunterricht im Alleingang nicht machen können. Das kann vielleicht Wettingen machen, sie sind gross. Für uns ist klar, wir stehen zu dieser Musikschule. Sie ist uns wichtig. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass die Gemeinden in ihrer Autonomie nicht vom Verein beschnitten werden sollen und dass wir selber festlegen können sollten, welche Subventionspraxis wir betreiben. Da werden wir vom Verein übersteuert, da sind wir Mitglied. Bei einem Verein, das gehört dazu, unterordnen wir uns dieser Entscheidung der Vereinsversammlung und werden künftig wieder den normalen Satz von 50% subventionieren.

Was man vielleicht auch noch sagen darf, ist, dass man in der Gemeinde Obersiggenthal einen Antrag stellen kann, wenn man nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen ist, um seine Kinder wirklich in den Instrumentalunterricht zu schicken, auf einen Erlass der Gebühren. Ich weiss nicht, ob es 100% ist oder bekommt man einen besseren Satz? Ich glaube, 100%, dass man einen vollständigen Erlass der Kosten des Unterrichts hat und wir haben einen Geschwister-Rabatt, das gibt es in anderen Gemeinden nicht, da sind wir, glaube ich, die einzigen. Wenn mehr als ein Kind von einer Familie den Instrumentalunterricht genießt, dass wir dann einen zweiten höheren Beitrag aussprechen. Auch hier, wir sind nicht einfach nur geizig, aber wir haben mit Blick auf die schwierigen Finanzen entschieden, dass wir das weniger subventionieren wollen. Ich hoffe, dass ich es beantworten konnte. Sonst bitte nachfragen.

Carol Demarmels: Tut mir leid, ich muss jetzt trotzdem schnell etwas sagen, es stösst mir natürlich sehr auf, wenn Du zweimal sagst, dass wir in Genuss gekommen sind von einer tieferen Subventionierung, denn ist das mir aus Sicht der Bevölkerung zu wenig genau. Also aus Sicht der Bevölkerung oder aus Sicht von uns oder wer kommt da in den Genuss? Das ist eigentlich ganz klar eine Verschlechterung, welche die Eltern in Obersiggenthal erfahren haben und meine erste Frage war ja: Ist uns denn die Musikschule überhaupt wichtig in Obersiggenthal? Diese Frage hast Du nicht beantwortet. Wenn ich diesen Satz entgegenstelle, denke ich mal,

eher nicht. Die zweite Frage, das habe ich nicht gewusst, dass man Erlass der Gebühren beantragen kann. Da würde es mich noch interessieren, wie kommen die Eltern an diese Information oder wie wird das kommuniziert, dass man einen Antrag stellen kann?

Christian Keller, Gemeinderat: Dass uns die Musikschule Region Baden und die Mitgliedschaft wichtig ist, habe ich, glaube ich, deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Das habe ich explizit gesagt. Weil wir nur so ein breites Angebot an Instrumentalunterricht überhaupt auch anbieten können. Den anderen Punkt, wie die Eltern an diese Information kommen, das ist mir selber auch nicht ganz klar. Wer auf der Gemeinde nachfragt, bekommt sicher diese Information. Offen kommuniziert wird dies meines Wissens nicht. Mir wäre es nicht bekannt. Es kann sein, dass die Kommunikation via Musikschule erfolgt.

Carol Demarmels: Haben wir Kinder in Obersiggenthal, welche im Moment davon profitieren?

Christian Keller, Gemeinderat: Das kann ich nicht sagen, ich weiss es nicht. Weiss es die Abteilung Finanzen?

Peter Marten, Gemeinderat: Vielleicht darf man ergänzend noch erwähnen, dass Beiträge an die Musikschule, welche wir leisten, auch jedes Jahr im Budget sind. Der Einwohnerrat stimmt darüber ab und auch dort hätte man in der Vergangenheit Einfluss nehmen können. Einfach dies noch als Ergänzung.

Carol Demarmels: Es ist intransparent dort drin.

Peter Marten, Gemeinderat: Also wenn das intransparent ist, dann weiss ich nicht, was noch transparenter sein sollte.

Daniel Meier: Wir hatten letztes Wochenende wieder einmal ein schönes schneereiches Wochenende hier im Siggenthal. Was wir früher jeweils gehabt haben, wir haben oben bei der Herzoghütte jeweils eine Schlittenabfahrt die Strasse hinab gehabt. Diese Strasse wurde nicht geräumt und war auch nicht befahrbar, weil sie unten bei den letzten Häusern im Homberg abgesperrt wurde. Die Frage ist: Könnte man diese Tafel wieder aktivieren, dass man das wieder sperrt, wenn es Schnee gibt, damit es als Schlittelpiste gebraucht werden kann und nicht die Autos hinauf- und hinunterfahren? Es gibt wenig solche Tage, aber das letzte Wochenende wäre perfekt gewesen. Ich habe gedacht, warum fahren Autos hinauf und hinunter, das war wirklich schade.

Peter Stucki, Vizeammann: Wir nehmen diesen Wunsch auf. Wir werden uns erkundigen, wie das früher gehandhabt wurde. Es wird sicher eine Frage sein, ich meine, wir sind gegenteilig unterwegs mit dem Baudienst. Wir versuchen, den Schnee los zu werden und wir sind grundsätzlich eigentlich am Limit, wenn es so schneit. Aber ob man dort eine Tafel stellen kann, werden wir abklären und nehmen den Wunsch so auf.

Daniel Meier: Früher war eine Tafel dort, da hat man hinter den letzten Häusern abgesperrt.

Peter Stucki, Vizeammann: Ja, ich sage, ich wohne erst seit 26 Jahren hier. Ich glaube, es ist das erste Mal, dass wir so viel Schnee hatten.

Lukas Füglistler: Noch eine kurze Ergänzung. Wir hatten vor 3 – 4 Jahren schon einmal so viel Schnee gehabt und ich bin der Meinung, es wurde früher sogar einmal heruntergewalzt. Dort aber glaube ich, war das war nicht vom Baudienst, sondern von Bauernseite, entweder von Tromsberg oder von Meiers.

Mia Jenni: Ich möchte ganz kurz noch auf das Geschäft Häfelerhau zurückkommen. Ich finde, dass das Vorgehen vorher tatsächlich ein wenig überstürzt war und ich habe eine starke Bitte: Wenn man selber Berechnungen anstellt und einen Antrag noch einmal so neu

umschreibt und neu berechnet, das ist nicht etwas, was zwei Stunden vor einer Einwohner-ratssitzung passiert, dass man das doch den anderen Fraktionen von vornherein zur Verfü-gung stellt, dass man das mitschicken kann, damit man es noch einmal in der Fraktion be-sprechen kann. Ich habe das relativ wild gefunden gerade vorher, dass man jetzt einen An-trag angenommen hat, welcher auf der Berechnung einer Person basiert. Wir schauen jetzt, wie das herauskommt. Das ist einfach meine Bitte. Weil wir sind nicht alles Bauingenieure/Bau-ingenieurinnen oder Bauplaner/innen.

Daniel Gadiant: Zu Carol Demarmels Anliegen: Auf der Homepage der Musikschule Region Baden unter "Tarife", wenn man ganz herunterscrollt, dort steht, dass es Unterstützung der Ge-meinden und des Kiwanis Club Baden gibt. Dass man dort bei der Gemeinde wegen Unter-stützung anfragen kann und der Kiwanis Club unterstützt auch.

Daniel Jenni: Ich möchte noch eine Danksagung machen und zwar für unsere beiden Ein-wohnerräte, welche jetzt ihren Rücktritt bekannt gegeben haben. Ich möchte es nur ganz kurzhalten, weil wir dies sicher noch in der Partei machen. Ich denke aber, es ist doch eine Er-wähnung wert, weil Erich Schmid doch fast ein Vierteljahrhundert im Einwohnerrat war und seine Meinungen und sein Wissen wirklich jeweils fundiert eingebracht hat. Er war auch Frakti-onspräsident, genauso wie Markus Renggli auch. Also, wir verlieren zwei Leute, welche immer etwas gesagt haben, welche sich eingesetzt haben für Wasser, für Strassen, für Finanzen, für Soziales und Familie und wenn man die Protokolle der letzten 20 Jahre durchschaut, dann sieht man, dass da sehr viele Wortmeldungen gekommen sind. Ich danke im Namen der Frak-tion und der Partei für den Einsatz, weil das hat viel Zeit gebraucht, das hat auch viel Zeit je-weils für die Fraktionssitzungen gebraucht, weil auch in den Fraktionssitzungen sie es jeweils waren, welche sehr viel gebracht haben und sehr viele Berechnungen gebracht haben und uns überzeugt haben. Also, noch einmal ganz herzlichen Dank von der Fraktion die Mitte für das Mitmachen.

Dann möchte ich doch noch ganz kurz parteiübergreifend werden und Sandra Hehli im Na-men der FIKO danken, weil sie hat auch dort in der FIKO sehr viel gemacht und hat uns, wel-che relativ neu gekommen sind, auch sehr viel gezeigt und die FIKO funktioniert unter ande-rem auch, weil Sandra Hehli sehr viel eingebracht hat. Vielen Dank.

Christian Blum: Ich möchte mich auch im Namen der FDP-Fraktion an die Danksagung an-schliessen.

Christoph Villiger, Präsident: Dann komme ich noch zu drei **Verabschiedungen**. Zum ersten möchte ich Mara Jenni als Vizepäsidentin verabschieden. Ich möchte Dir gerne ganz herz-lich zu Deiner Super-Wahl gratulieren. Einstimmig. Dank Deiner eigenen Stimme und es gibt noch ein paar Blumensträusse. Nochmals ganz herzlichen Dank für Deinen tollen Einsatz. Du hast auch schon bewiesen, dass Du das kannst. Danke auch für die Stellvertretungen, die Du gemacht hast, wenn ich einmal weg gewesen bin und ich möchte Dir hier symbolisch den Stab überreichen; das ist der Dirigentenstab. Ab nächstem Jahr bist Du die Dirigentin für die-sen Club und ich wünsche Dir jetzt schon ganz viel Vergnügen. Ein Schöggeli gibt es auch noch dazu und ich würde Dir gerne meine selbstgebastelten Utensilien übergeben, das ist einmal eine gelbe und einmal eine rote Karte und mein Parteien-Zeiger. Er wurde mit viel Liebe und Geduld hergestellt. Ich wünsche Dir ganz viel Spass.

Dann haben wir noch weitere Verabschiedungen. Bei den Stimmzähler, ich fange bei Est-her Reimann an. Das ist einfacher, bevor sie nicht mehr weiss, was sie sagen soll. Auch Dir möchte ich ganz herzlich für Deinen Einsatz als Stimmzählerin danken, Ihr habt das mit Bra-vour gemacht. Besten Dank.

Bei Dir, Ursula Spinnler, ist mir etwas eingefallen. Es ist nicht eine Verabschiedung, es ist mehr eine Durchhalteparole. Ich weiss, Du bist keine Sesselkleberin, aber Du machst das mit Leiden-schaft, Stimmen zählen.

Noch ein Blick in die Runde. Gibt es noch irgendeine Wortmeldung? Ansonsten würde ich diese Sitzung schliessen. Ich bedanke mich bei Euch für das Mitarbeiten, Zuhören und die Geduld, die Ihr gehabt habt. Es hat Spass gemacht, ich freue mich aber auch, wieder auf die andere Seite sitzen zu dürfen. Es wird sicher auch wieder Spass machen, auf der anderen Seite politisieren zu dürfen. Ich freue mich, wenn jetzt noch möglichst viele Lust haben, auf ein Bier in das Restaurant Neuhaus zu kommen. Die Sitzung ist geschlossen.

Der Präsident:

Christoph Villiger

Die Protokollführerin:

Romana Hächler